

# Tagungsdokumentation der Tagung des Runden Tisch Zentralamerika

07.09.2023 - 09.09.2023



Zentralamerika und Deutschland. Urheber/in: Alejandro Sol, [CC BY-NC-ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

**Zentralamerika im Fokus: Einsatz für Umwelt,  
Demokratie und Menschenrechte und die Rolle  
Deutschlands**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Donnerstag, 07. September 2023, Heinrich-Böll-Stiftung</b>	<b>1</b>
<i>Gemeinsames Panel: Verteidigung kollabierender Demokratien - Zivilgesellschaften in Zentralamerika und die Rolle deutscher Entwicklungspolitik</i>	1
<b>Freitag, 08. September 2023, Heinrich-Böll-Stiftung</b>	<b>14</b>
<i>WORKSHOP 1: Der investigative Journalismus gibt nicht auf, im Gegenteil er hat sich nun regional organisiert</i>	14
<i>WORKSHOP 2: Der mutige Kampf um Rechtsstaatlichkeit in Zentralamerika</i>	16
<i>WORKSHOP 3: Feministische Strategien in Zentralamerika</i>	19
<i>WORKSHOP 4: Schutz der Naturressourcen im Kontext der Klima- und Umweltkrise</i>	22
<i>4 Länderstationen:</i>	26
Länderstation Nicaragua / Costa Rica	26
Länderstation Honduras	28
Länderstation El Salvador	32
Länderstation Guatemala	33
<i>PARALELLE FISHBOWLS: Handel und Finanzierung - Instrumente europäischer Politik in Zentralamerika?</i>	34
FISHBOWL 1 Palmöl aus Zentralamerika und das EU-Lieferkettengesetz	34
FISHBOWL 2 Finanzierung als Menschenrechte und Demokratieförderung?	38
<i>Gemeinsame Fishbowl-Diskussion: Für eine menschenrechtszentrierte, feministische EZ-Politik für eine demokratische Entwicklung Zentralamerikas</i>	40
<b>Samstag, 9. September 2023, Vernetzungs- und Vertiefungstag</b>	<b>51</b>
<i>Ergebnisse Austausch in Kleingruppen</i>	51
<i>Asilo Político</i>	52
<i>Diáspora</i>	53
<i>Solidaridad CA - Alemania</i>	54
<i>No al Extractivismo</i>	54
<i>Abschluss</i>	55

## Donnerstag, 07. September 2023, Heinrich-Böll-Stiftung

18:15h

### Gemeinsames Panel: Verteidigung kollabierender Demokratien - Zivilgesellschaften in Zentralamerika und die Rolle deutscher Entwicklungspolitik

#### Einführung durch Moderation

Grundidee des Panels:

- Die Konferenz nicht mit einer Analyse der Krise mit Daten zu Menschenrechtsverletzungen etc. beginnen, sondern mit einem Panel, das über Hoffnung spricht: Über die Möglichkeiten der politischen Opposition und zivilgesellschaftlicher Beteiligung und der Frage nach der Rolle deutscher EZ/Außenpolitik und internationaler Politik in der Stärkung dieser Akteure

Aktuelle Lage in der Region:

- alle fünf Länder Zentralamerikas mit dramatischem Verlust der demokratischen Verfasstheit
- Fokus in diesem Panel auf zwei Länder:
  - o Nicaragua  
Nicaragua als Extrembeispiel, Schwelle zum Autoritarismus schon lange überschritten, Zivilgesellschaft wehrt sich trotzdem weiterhin mutig und versucht, Informationen zu vermitteln
  - o Guatemala  
Ein Funken Hoffnung, seitdem sich gegen alle Voraussagen ein Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen durchsetzen konnte, der sich die Bekämpfung der Korruption auf die Fahnen geschrieben hat  
Seit Ende 2019 (Rausschmiss der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit) von einem sog. „Pakt der Korrupten“ regiert, also Kräften aus Wirtschaft und Politik, aber zum Teil auch verflochten mit dem Organisierten Verbrechen, die regelrecht Jagd auf Antikorruptionsermittler\*innen und Journalist\*innen gemacht haben

#### **Panelist\*innen:**

- Carmela Curup Chajón
  - o Bufete para los Pueblos Indígenas, Guatemala (Anwaltsbüro für Indigene Gemeinschaften)
  - o Indigene Anwältin mit mehr als 28 Jahren Berufspraxis in der Begleitung von Rechtsfällen indigener Gemeinschaften und indigener Frauen im Justizsystem
- Susanne Menge
  - o Mitglied des deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen) seit 2021
  - o Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Jan Michael Simon
  - o Rechtswissenschaftler und Senior Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg
  - o Hat an den Kommissionen gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras und Guatemala teilgenommen
  - o Vorsitzender der UN-Menschenrechtsexpertengruppe für Nicaragua
- Wilfredo Miranda
  - o Gründer und Redaktionsmitglied und Herausgeber der Nachrichtenplattform *Divergentes*, Nicaragua
  - o Schreibt auch regelmäßig Artikel für *El País*, *The Washington Post* und *The Guardian*
  - o Momentan im Exil in Costa Rica
  - o Gehört zu den 317 Nicaraguaner\*innen, denen die Staatsbürgerschaft entzogen wurde
- Moderation: Dr. Ingrid Wehr
  - o Direktorin Büro Heinrich Böll Stiftung, Zentralamerika mit Sitz in San Salvador

**Ablauf des Panels: 2 Fragerunden, 5 min Zeit zu antworten**1. Frage an Jan Michael Simon:

*Sie sind Vorsitzender der UN-Expertengruppe für Menschenrechte in Nicaragua. Im März dieses Jahres hat die Kommission einen Bericht vorgelegt, der zu dem Schluss kommt, dass Daniel Ortega und Rosario Murillo in Nicaragua gemeinsam mit sieben staatlichen Institutionen seit den Massenaufständen von 2018 systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben (es geht um so schreckliche Verbrechen wie außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Verhaftungen, Folter, grausame, unmenschliche, erniedrigenden Behandlungen, willkürlicher Entzug der Staatsbürgerschaft und Verletzung des Rechts, im eigenen Land zu bleiben). Der Bericht schließt mit einer Reihe von Empfehlungen an den Staat Nicaragua und auch an die internationale Gemeinschaft. Und an die internationale Gemeinschaft gerichtet auch mit Vorschlägen, strafrechtliche Schritte gegen die mutmaßlichen für die Verbrechen Verantwortlichen einzuleiten und mit einem Appell an die Institutionen internationaler Entwicklungszusammenarbeit und Investoren, die Vergabe von Geldern und Kritiken an strikte Garantien für die Menschenrechte zu binden.*

*Wie beurteilen Sie die bisherigen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf diese Empfehlungen und welche strafrechtlichen Maßnahmen auf Basis des nationalen und des internationalen Strafrechts können wirklich Wirkung zeigen im Fall Nicaraguas. Welche Garantien und Auflagen können die Achtung der Menschenrechte in der internationalen Zusammenarbeit und bei Investitionsprojekten stärken?*

Antwort Jan Michael Simon

*Anmerkung: Der Begriff „jurisdicción“ ist öfter gefallen und kann auf Deutsch unterschiedlich übersetzt werden, einmal mit Amtsbereich/Machtbereich (Jurisdiktion), aber auch mit Rechtsprechung, was auch in der simultanen Übersetzung ein Problem war. Die jeweiligen Begriffe wurden je nach Kontext der Antworten verwendet.*

- Es gibt 3 zentralen Empfehlungen auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft, die sich aus dem, was wir auf internationaler Ebene *Responsibility to Protect* nennen, ableiten
- Erste Empfehlung: **Strafrechtliche Maßnahmen**
  - o Bisher kann hier nur eine Rechtsprechung präsentiert werden, ein Strafverfahren in Argentinien, das auf föderaler Ebene stattfindet
  - o Abgesehen davon gilt aber eine „universelle Jurisdiktion“ (Weltrechtsprinzip, Anm. d. Red.) das heißt, ein Land kann ein Verfahren unabhängig von der Nationalität des Opfers und der Nationalität des Täters und unabhängig des Landes, in welchem das Verbrechen verübt wurde, einleiten □ Zuständigkeit des Staates ist gegeben
  - o Weitere Kategorie der Opfer/der Geschädigten: Menschen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, hier gibt es noch viel Spielraum zur Handlung durch die Staaten
    - Strafrechtler sprechen vom „Passiven Personalitätsprinzip“: Möglichkeit, Recht zu sprechen, wenn die Staatsbürger des jeweiligen Landes Opfer der Verbrechen geworden sind. In diesem Fall gibt es Menschen mit nicaraguanischer Staatsbürgerschaft und zusätzlich mit französischer Staatsbürgerschaft, mit spanischer Staatsbürgerschaft, mit US-Staatsbürgerschaft, mit deutscher Staatsbürgerschaft. Bisher gibt es keine Reaktionen der betreffenden Staaten, aber man wartet hier auf mögliche Antworten.
- Zweite Empfehlung: **Sanktionen**
  - o USA hat schon ein Paket von Sanktionen präsentiert, die EU prüft diese gerade, ebenso wie die Schweiz, Großbritannien, Kanada

- o Aber spannend: Artikel von Manuel Orozco der vor zwei Tagen erschienen ist und analysiert, dass es nicht stimmt, dass die „targeted sanctions“ sektorielle Sanktionen sind, sie betreffen nicht die Makroökonomie Nicaraguas. Die Menschen, die von den Sanktionen betroffen sind, arbeiten nicht in der Makroökonomie des Landes.
  - o Außerdem gibt es einige Sektoren, ganz besonders im Bereich des Bergbaus und der Goldproduktion, die im Fokus der internationalen Gemeinschaft stehen sollten (nicht nur im Fokus der USA). Die Bergbaufirmen aus Nicaragua sind an der kanadischen Börse, nicht in den USA
  - o Das bedeutet, dass es vielleicht keine Wirkungen gibt, wenn nur ein Land Sanktionen durchführt
- **Dritte Empfehlungen: Internationale Kredite von internationalen Finanzinstitutionen müssen die Menschenrechtssituation berücksichtigen.**
    - o Wenn sie Abkommen unterzeichnen oder Kredite gewähren oder wenn sie andere Vereinbarungen zum Zweck der Finanzierung in Nicaragua treffen
    - o Warum ist das so entscheidend?
      - Wir müssen verstehen, wie das makroökonomische Modell Nicaraguas funktioniert
      - Das Bruttoinlandsprodukt von Nicaragua beträgt aktuell 15 Milliarden Dollar. 33% sind *remesas*, das heißt, das sind 5 Milliarden Dollar, das ist das Geld, das überwiesen wird, von Menschen, die im Ausland leben. Ortega und Murillo basieren ihr Wirtschaftsmodell hierauf.
      - Es gibt auch Exporte, ca. 35% vom Bruttoinlandsprodukt, ca. 50-60% davon sind Exporte von freien Zonen im Land, viele von den Exportgesellschaften sind in den USA. Da möchte ich ein Fragezeichen setzen, wie das Ganze in Verbindung mit den Sanktionen steht.
      - Wie ist der Arbeitsmarkt in Nicaragua zurzeit: Ein sehr kleiner Teil von den Menschen in Nicaragua arbeitet in diesen Sektoren, die meisten arbeiten im informellen Sektor.
    - o Wenn wir uns diese makroökonomische Situation anschauen, ist es sehr überraschend, dass die Auswertung gemäß Artikel 4 der Vereinbarung des Internationalen Währungsfonds (IWF) ziemlich positiv ist, nicht nur in Hinblick auf die makroökonomischen Faktoren, sondern auch in Hinblick auf „Good Governance“ (hat verschiedene Subindikatoren, nicht nur Menschenrechte, sondern auch Transparenz in der Kontrolle von Korruption). Das ist fraglich.
      - o Wir sollten eine tiefe Reflektion über den IWF anstellen, wie sind sie zu diesen Bewertungen gekommen? Ein großer Teil vom IWF besteht aus Staaten, die mir mein Mandat gegeben haben, damit ich über Herrn Ortega ermittle, ist das kohärent?
    - o Ein wichtiges Mitglied von einem sehr wichtigen Teil eines Finanzministeriums von einem sehr wichtigen Land, was ich nicht erwähnen werde, hat mir gesagt: „Ich muss mit makroökonomischen Daten arbeiten. Ich habe kein Interesse an anderen Daten von anderen Kollegen im Bereich des Außenministeriums meines Landes.“ □ und auch umgekehrt: Keine Verbindungen zwischen Außenministerium und Finanzministerium
      - Aber man kann zum Beispiel bei diesem Modell der Makroökonomie wie es Nicaragua hat, diese beiden Themen nicht trennen.

## 2. Frage an Susanne Menge

*Wir haben skrupellose Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Trotzdem erhält das Regime von Ortega weiterhin großzügige Mittel, unter anderem von der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE), die seit langem wegen ihrer laschen Umsetzung von Menschenrechts- und Umweltstandards negative Schlagzeilen macht. Der*

*jetzt scheidende Präsident Dante Mossi wurde als „Bänker des Diktators Ortega“ kritisiert, die Nachfolge ist vermutlich auch nicht besser, dennoch gilt die Bank als zentraler Partner bundesdeutscher EZ in Zentralamerika und die bundesdeutsche KfW ist einer der Hauptkreditgeber des BCIE. Wie passt das mit der Politik der „Good Governance“ und den gemeinsamen Interessen in Sachen Umwelt und Klimaschutz und Verteidigung rechtsstaatlicher Strukturen zusammen, die eigentlich die Leitlinien der deutschen EZ sind?*

#### Antwort Susanne Menge

- Das passt gar nicht zusammen. In der Entwicklungszusammenarbeit gilt der Mindestanspruch, dass jede Maßnahme einer menschenrechtsbasierten Entwicklungspolitik bedarf und dass die Menschenrechtssituation und die Sicherheit von Personen sich nicht verschlechtern dürfen. Das ist das Prinzip von *Do no harm*.
- Das ist bei den Geldern, die an Ortega geflossen sind, absolut nicht der Fall gewesen.
- Menschenrechtliche Risiken müssen vorab analysiert werden und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten eingehalten werden.
- Auch von den verantwortlichen Akteuren, wie der KfW und der Bank. Die KfW hat zum Beispiel eine Nachhaltigkeitsrichtlinie, die könnte man hier mindestens zugrunde legen.
- Mossi hat Ortega als legitimen Präsidenten gesehen und war der Ansicht, dass Investitionen in die nicaraguanische Regierung nicht auf Menschenrechtsklauseln beruhen müssten (bezieht sich auf die Mehrheitsentscheidungen der 5 Mitgliedsstaaten des Exekutivrates). Dass er dieses Amtes enthoben worden ist, ist folgerichtig. Es ist auch richtig, dass er bis zum Ende des Jahres mit restriktiven Maßnahmen belegt worden ist. Die BCEI hält sich offenbar nicht an diese analytischen Voraussetzungen, genau zu gucken, wer da jetzt das Geld bekommt.
  - die KfW und die GIZ müssen da genauer hingucken. Die deutsche Bundesregierung und die KfW müssen deshalb auch Druck auf die BCEI ausüben und die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht einfordern, insbesondere den anerkannten Grundsatz der freien, vorherigen, informierten Zustimmung (ILO-Konvention 169).
  - Auch die KfW und das BMZ stehen in der Verantwortung, Menschenrechtlichen- und Umweltstandards der BCEI zu verfolgen und zu monitoren: Wo für haben wir das Geld ausgegeben, wer hat es bekommen, wie ist es umgesetzt worden? Werden die Standards umgesetzt und wenn ja, wie?
- Die Fraktion fordert deswegen, dass die Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auch enger mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten müssen. Das sind insbesondere die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Perspektive lokal arbeitender Menschenrechtsaktivist\*innen und indigener Vertreter\*innen ist bei Investitionsentscheidungen unabdingbar.
- Fall Bio-Klima, durch den der nicaraguanische Staat Gelder aus dem Green Climate Fund der UN bekommen hat:
  - BCEI braucht dringend eine neue Ausrichtung
  - Menschenrechtsbasierte Sorgfaltspflicht muss eingehalten werden und die Neuausrichtung muss sich daran orientieren:
    - Beschwerdemechanismen einführen innerhalb der Organisation
    - die starke Rolle der Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der sozialen Bewegungen miteinbeziehen
  - das BMZ muss sich auch für diese Ziele engagieren, und dem Green Climate Fund auch diese Kriterien abverlangen, die Empfehlungen aus dem Untersuchungsbericht, der durch den Fall Bio-Klima bekannt worden ist, umsetzen sodass internationale Klimagelder zukünftig nicht missbraucht werden
- das bedeutet auch: viel stärkeres Engagement der Menschen mit politischen Mandaten im Rahmen dieser Mandate und im Rahmen der parlamentarischen Kontrollfunktion in der Kontrolle der KfW und des BMZ

- o Auch hier muss geschaut werden: Wie integriert ihr die professionalisierte Korruptionsbekämpfung?
- o Man kann nicht annehmen, dass *Good Governance* einfach schon läuft
- o Was passiert eigentlich bei der GIZ? Was passiert eigentlich bei der KfW? Werden da Schulungen angeboten, um die Korruptionsbekämpfung von Expertinnen und Experten durchzuführen? Werden sie als integraler Bestandteil von Korruptionsbekämpfung gesehen?

### 3. Frage an Wilfredo Miranda

*Du gehörst zu einer Generation von jungen Journalist\*innen, die aufgrund der politischen Verfolgung des Ortega/Murillo Regimes gegen den investigativen Journalismus das Land verlassen mussten. Du gehörst zu den 317 Nicaraguanern, die keine Staatsbürgerschaft mehr haben- du bist aber weiterhin mit Elan und Professionalität und mit Humor als Journalist tätig und berichtest über die Menschenrechtsverletzungen. Was motiviert Dich, trotz der extrem hohen Kosten für Dich und Deine Familie, dass Du weiterhin den Beruf ausübst?*

#### Antwort von Wilfredo Miranda

- In den letzten Monaten wurde diese Frage oft gestellt, vor allem seit Februar, seit den 317 die Staatsangehörigkeit genommen wurde: die Familie wird damit genommen, die Arbeit, alles, man kann nicht erneut ins Land einreisen, um die Großeltern zu sehen, es wird beschlagnahmt, was man besitzt, es wird einem gesagt, man sei von der Justiz gesucht, man muss ins Exil, wenn man dann im Exil ist, dann ist man abgeschnitten, warum mache ich das?
- Eine Art Klischee als Antwort: Man macht das, weil man eine Verpflichtung als nicaraguanischer Staatsbürger und als Journalist hat
- Es ist eine Mission, Journalist zu sein, ich bin da für die Demokratie und es ist wichtig, dass in Nicaragua die Demokratie wieder hergestellt wird, dafür setze ich mich ein
  - o Dass es überhaupt Berichte über die vielen Menschenrechtsverletzungen gibt, dass auch die Vereinten Nationen Bescheid wissen
  - o die Journalist\*innen sind dann auch vor Ort, um festzustellen, ob Personen auch wirklich willkürlich erschossen wurden, die bei Demonstrationen waren
  - o Journalismus ist sehr wichtig, nicht nur in Nicaragua, nicht nur, dass dokumentiert wird, dass es Menschenrechtsverletzungen gibt, sondern, dass ein historisches Gedächtnis entsteht □ es geht darum, dafür Sorge zu tragen, dass irgendwann doch diejenigen zur Verantwortung gezogen werden können, die diese Massaker begangen haben
- In Nicaragua, wo sich ein totalitäres Regime mit faschistischen Zügen durchsetzen konnte, ist Journalismus der letzte Kampfgraben für die Demokratie: das Regime hat die zivilgesellschaftlichen Organisationen zerstört, religiöse Organisationen, Privatuniversitäten, Feminist\*innen, Rechtsanwält\*innen, alle wurden von dem Regime zum Schweigen gebracht, den kritische Stimmen werden nicht geduldet
- Wir Journalist\*innen sollten auch ausgetilgt werden, das ist aber nicht gelungen, wir wurden geschlagen, wir mussten ins Exil, aber wir konnten nicht neutralisiert werden. Wir haben uns neu erfunden im Exil, wir waren dort sehr kreativ □ Es gab keine Informationsquellen, keiner möchte mit einem sprechen, weil Menschen im Exil Angst haben, sie könnten ihre Häuser verlieren, ihre Familie wird verfolgt, es wird Druck ausgeübt auf die Familie □ Journalismus steht vor einer großen Herausforderung und einer großen Verantwortung, dennoch weiter rigoros die journalistische Arbeit zu machen

- Unter anderem: Nutzung verschiedener Plattformen der sozialen Medien, wie auch TikTok zum Beispiel, um niedrigschwellig Informationen weiterzutragen □ nicht zum Stillschweigen gebracht werden
- Personen aus anderen Ländern denken oft, das wäre einfach nur verrückt, dann haben wir aber sehr viele Verrückte in Nicaragua, gerade unter den Journalist\*innen
- Aus dem Exil wird mit der Arbeit weitergemacht, das ist nicht nur emotional schwierig, die Familie wird verfolgt, sondern auch logistisch: Wenn man in Ländern wie Costa Rica, Spanien oder den USA ist, dann ist es teuer, dort zu leben
  - o Wie soll man das machen? Auch als Kommunikationsmedium, wie kann man würdiges Gehalt zahlen? Kooperationen werden immer weiter eingeschränkt, das ist alles wahnsinnig kompliziert
  - o Es gibt keine Formel, wie wir das genau tun, es muss jeden Tag eine neue Lösung gefunden werden (auch die Sicherheit spielt dabei eine große Rolle)
- „Nicaragua ist mein Land, auch wenn man mir die Staatsangehörigkeit genommen hat. Es ist mein Land, es ist meine Aufgabe und es ist eine würdige Aufgabe, Journalismus zu betreiben“.

#### 4. Frage an Carmela Curup Chajón

*Es gab am 20. August in Guatemala eine vollständige Überraschung. Als Anwältin haben Sie, Carmela, sich jahrelang für Verteidigung von Menschenrechten und indigenen Rechten in Guatemala eingesetzt. Seit der vorzeitigen Beendigung des Mandats der Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) wird das Land von einem sog. „Pakt der Korrupten“ regiert, der nicht nur Gerichte gleichgeschaltet hat, sondern mittels käuflicher korrupter Richter\*innen regelrecht Jagd auf Anti-Korruptionsermittler\*innen und kritische Journalist\*innen gemacht hat, auch auf Menschenrechts- und Umweltverteidiger\*innen in der Zivilgesellschaft. Es gab jetzt so etwas wie einen „glitch in the matrix“, es gab ein Problem in der ganzen Kampagne dieses Paktes und sie hatten Arévalo übersehen. Einen Kandidaten, der mit einer kleinen Partei, die Semilla heißt, für ein Anti-Korruptionsprogramm, für Reformen eintritt, der aber über keine Mehrheit im Kongress verfügt, während gleichzeitig die Kooptationsstrategie des Paktes auf der kommunalen Ebene ja aufgegangen ist, wo ein Großteil der Bürgermeister ja kontrolliert werden, sogar von der Drogenmafia teilweise. Wie bewerten Sie vor diesem schwierigen Kontext den Wahlsieg von Bernardo Arévalo? Welche Faktoren haben zu dieser Überraschung beigetragen und wie hoch sind die Chancen aus Ihrer Sicht, dass Arévalo tatsächlich im Januar sein Amt antreten kann und dass er Reformen gegen die Korruption im Justizbereich tatsächlich einleiten kann?*

#### Antwort Carmela Curup Chajón

- ist nicht nur Aktivistin für Menschenrechte, aber auch Kandidatin und Abgeordnete, war auch bei der Bildung einer politischen Partei dabei
- Situation mit Pakt der Korrupten (Regierung bestand eigentlich aus Richter\*innen) □ jetzt bei den Umfragen vor den Wahlen war es schon ziemlich vorhergesagt, wer die Wahlen gewinnt (Thelma Cabrera, eine indigene Frau, früh ausgeschlossen, ansonsten Ríos und Torres und rechte Parteien), die Partei Semilla ist gar nicht weiter aufgetaucht
- Die traditionellen Kandidaten hatten auch eine traditionelle Kampagne: Stimmen wurden gekauft, Manipulation durch die Medien, Geschenke, die unter dem Volk verteilt werden □ danach wird eigentlich ausgemacht, wer gewinnt
  - o Die Bevölkerung hat dann letztendlich entschieden: NEIN, diese Kandidaten haben uns müde gemacht
  - o Aber auch die JUGEND war ausschlaggebend, soziale Medien waren relevant: TikTok hat eine große Rolle gespielt, die Jugendlichen haben am Tag der Wahl ihre Eltern

- überzeugt  Mobilisierung seitens der Jugendlichen („Los, wir gehen zur Wahl!“), auch seitens der Frauen
  - so ist es zu dieser Überraschung gekommen
- Gewisse Form der Erleichterung nach dem Sieg von Arévalo: Der Pakt der Korrupten ist auch für die Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten und Verfolgung von Aktivisten zur Verteidigung von verantwortlich, die Staatsanwältin, die da am Werk ist, macht auch viel gegen indigene Frauen
  - Faktoren, die zu dem Sieg geführt haben: Müdigkeit von immer denselben an der Macht, Arévalo als neuer Vorschlag, der noch nie dagewesen war
  - 1944 gab es eine Arbeitsrechtsform
  - 1995 eine Landrechtsreform
    - verschiedene Elemente, die eine große Rolle für das Ergebnis gespielt haben
- Hoffnung, aber Herausforderungen sehr groß: Carmela kennt verschiedene Personen, die zu der Partei Semilla gehören und es laufen Verhaftungsbefehle gegen sie, Haftbefehle gegen Jugendliche, die Unterschriften für Semilla gesammelt hatten  Jugendliche waren zentral für den Gewinn von Semilla und nun müssen sie sich der Strafverfolgung stellen
- Große Herausforderungen für die Bevölkerung
  - Die Leute waren schon bereit, auf die Straße zu gehen, auch die indigenen Bevölkerungsgruppen waren alarmiert wie damals bei Pérez Molina, auch hier hat damals das Volk eine große Rolle gespielt und nun ist die Situation auch wieder so
  - Am Wahlgericht versucht man sich jetzt letztendlich wieder die Hände reinzuwaschen, nach all dem, was vorgefallen ist
    - Gefahr, dass die Partei in der juristischen Einheit jetzt aufgelöst wird
  - Alle Personen haben hier Unterstützung geleistet und wollten einen Beitrag dazu leisten, dass es diesen Sieg geben kann
  - Es war letztlich die Entscheidung der Bürgerschaft und sie müssen jetzt verteidigen, was ihnen am Herzen liegt

#### 5. Frage an Jan Michael Simon

*Wir sind ja gerade in einer kritischen Situation in Guatemala, keiner hat mit diesem Ergebnis gerechnet. Wir haben gesehen, wie systematisch alle Parteien ausgeschaltet wurden, vor allem auch schon am Anfang die Kandidatur von Thelma Cabrera und eigentlich jeder Kandidat oder Kandidaten, die sich gegen dieses herrschende System der Verteilung ausspricht. Und dann passiert das Unerwartete, jetzt haben wir eine lange Übergangsphase vom 20. August bis zum 14. Januar in der noch alle möglichen illegalen Versuche unternommen werden, wenn man den Kandidaten nicht mehr los bekommen kann, da er ein eindeutiges und klarer populäres Mandat bekommen hat, kann man die Partei schwächen. Es gibt sogar Teile der Bevölkerung, die um sein Leben fürchten, er hat inzwischen auch gemeinsam mit der Vizepräsidentin Schutzmaßnahmen wegen Morddrohungen erhalten. Also die Frage ist, wird er überhaupt hinkommen, zur Macht. Wenn denn alles gutginge bis zur Machtübernahme im Januar – Welche Chancen hat denn dann diese Regierung, ihre Antikorruptionsagenda umzusetzen? Die Partei ist die drittstärkste Fraktion im Parlament, sie hat keine Mehrheit, auf kommunaler Ebene regiert dieser Pakt weiter, wir haben nach wie vor korrupte Richter\*innen, Staatsanwält\*innen an der Macht.*

#### Antwort Jan Michael Simon

- Optimistisch: Verbindungen zu den ersten Entwürfen der Friedensverträgen 1992, im Dezember 1996 wurde der Friedensvertrag dann unterzeichnet und diese Pakete wurden in Gang gesetzt
  - viel Kritik daran und Vorwurf, dass etwas blauäugig vorgegangen sei
  - das kann sein, aber wir wären heute nicht bei so einem überraschenden Ergebnis, sondern Vertreter\*innen eine Status Quo hätten diese Wahl gewonnen

- o Wie ist es zu diesem Zufall gekommen?
- Wie soll man sich kurz- oder langfristig mit der Korruption beschäftigen, ohne die Mehrheiten im Parlament zu haben und auch auf kommunaler Ebene nicht durchgreifen zu können?
  - o Auch in der CICIG wurde zumindest ein Beitrag dazu geleistet, dass der Justizsektor heute überwiegend aus rechtschaffenden Angehörigen der Justiz (nicht unbedingt *actors of change*, aber zumindest nicht korrupten Richtern und Staatsanwälten) besteht
  - o Diejenigen, die momentan den Justizsektor beeinflussen, sind klar zu identifizieren und das sind nicht viele  diese kann man schnell auswechseln
  - o Das wird schneller gehen als der Austausch der Generalstaatsanwaltschaft und des Justizsektors 2006/2007
  - o Institutionen auszuwechseln wird schwieriger: wie z.B. das Katasteramt, wie die Spezialeinheiten in der Zentralbank, die sich mit Geldflüssen beschäftigt, die Steuerbehörde
    - da wird viel mehr Zeit gebraucht werden, als man momentan in der Regierung hat, aber da sollte die Arbeit der Regierung drauf konzentriert werden
  - o Die internationale EZ kann hier mit Sachverstand und politischer Begleitung die *actors of change* wieder in Linie bringen, die 2015/16 schon mal angetreten waren
    - wenn das gelingt, dann optimistische Einschätzung der Arévalo Regierung
  - o Zentral ist, bei den Staatsausgaben für Transparenz zu sorgen, dafür braucht Arévalo keine Gesetze, das lässt sich fast ausschließlich mit Exekutivdekreten umsetzen in Guatemala
    - o das wird erstmal wichtig sein für die Legitimität der neuen Regierung
    - o dann auch, um die Institutionen, die normalerweise mit den Staatsausgaben beschäftigt sind, zu reformieren
- Insgesamt: Erstmal so Durchregieren in die staatlichen Kontrollinstitutionen, dann Aufräumen im Justizsektor (da seien nicht mehr als 50 Personen, die da im Wege stehen würden)

#### 6. Frage an Carmela Curup Chajón

*Eigentlich hatten weder Arévalo noch Semilla großen Rückhalt unter indigenen Bevölkerungsteilen. Es ist eine Partei, die eher im jungen, urbanen Milieu tätig war. Jetzt aber, in dieser Situation, ist es wichtig, dass Leute auf der Straße sind, dass die wichtigen Zivilorganisationen sich auf der Straße organisieren und auch die internationale Gemeinschaft da Position zeigt. Aber insbesondere, dass die Zivilgesellschaft in Guatemala hier starke Position zeigt, da sind indigene Organisationen besonders wichtig. Wir haben schon die 48 Kantone von Totonicapán, eine der wichtigsten Organisationen, die dazu aufgerufen haben, die souveräne Entscheidung des guatemaltekeschen an der Urne zu verteidigen. Welche Rolle spielen denn aus Deiner Sicht indigene Organisationen jetzt in dieser kritischen Übergangsphase und was sie erwarten sie von einer Amtsübernahme Arévalos, der ja eigentlich nicht unbedingt ihr Kandidat war?*

#### Antwort Carmela Curup Chajón

- Eher Perspektive der interkulturellen Demokratie: nach 36 Jahren Konflikt gab es ein Friedensabkommen, das dann jedoch letztendlich nicht umgesetzt wurde, es blieb dann nur bei einer bestehenden Absicht, die Hindernisse konnten nicht aus dem Weg geräumt werden
  - o Zentrale Fragen wie die der Landverteilung, Fragen von Besitz
  - o Die indigenen Gruppen dachten, dass es vielleicht ein politisches Mittel sein könnte, in den Dialog zwischen den Staat und den indigenen Gruppen zu treten, dass man so ein neues Abkommen findet

- o Jetzt gibt es Hoffnungen in Bezug auf diesen Prozess, es gibt jedoch keine Agenda der indigenen Bevölkerungsgruppen, nicht wie vom Friedensabkommen vorgesehen, dafür wird aber gekämpft
- o Die Indigenen waren 2015 deswegen auf der Straße, jetzt erneut, sie haben versucht ein 48 Stunden Ultimatum zu stellen, dass die Staatsanwaltschaft reagiert, sie haben gesagt, dass sie eine halbe Million Menschen dazu bewegen könnten, mit auf die Straßen zu gehen, denn Entscheidungen werden an den Urnen getroffen, nicht in den Gerichtshöfen, obwohl sich das Rechtssystem, das herausgenommen hat
- Zur Frage der Korruption: seit 3 Jahren hat sich im Berufungsgericht nichts geändert und bei der höchsten Gerichtsbarkeit haben sich nicht die Köpfe geändert
  - o Das führt zu Manipulation innerhalb des Kongresses, wie wird Semilla dort vorankommen können, Einfluss haben auf das Budget, Dinge verändern können?
  - o 2.000 Personen, 2.000 Schlüsselpositionen, die wieder in ihre Verantwortung genommen werden müssen, um diesen Machtapparat zu übernehmen □ die dahinterliegenden Strukturen sind da noch gar nicht bekannt
  - o Am Montag hat es ein erstes Treffen gegeben, die Teams werden nun ausarbeiten, wie der Transitionsprozess verlaufen soll
  - o Glaube, dass es durchaus Personen geben kann, die einen Wandel ausmachen können, es gäbe auch Personen im Exil, die eine große Unterstützung in Bezug auf diese Prozesse sind
  - o Die indigenen Bevölkerungsgruppen wollen auch mit unterstützen, es gibt einen gemeinsamen Arbeitsvorschlag, wenn noch mehr Arbeitsvorschläge aufkommen, dann kann diese Regierung das hinbekommen
  - o Auch, dass es diese interkulturelle Perspektive dabei gibt, auch das kann vielleicht eines Tages passieren
- Was wird wohl noch geschehen bis zum 14. Januar, auch von Seiten des Paktes der Korrupten, um alles zum Scheitern zu bringen?
  - o Hier ist es wichtig, dass die Bürger\*innen sich einbringen
  - o All das muss mit Vorsicht geschehen: friedlicher Aufstand, Demonstrationen
  - o Alles hängt ab von der Beteiligung der Bevölkerung und auch der Beteiligung der Frauen und indigenen Frauen, die sich viel einbringen
  - o Hier sieht man das Empowerment der Frauen

### 7. Frage an Susanne Menge

*Ich glaube, wir haben eine sehr gut aufgestellte guatemaltekische Zivilgesellschaft, die diesen Wahlsieg an den Urnen auch verteidigen will. Der zweite Teil war aber, wir brauchen starke internationale Partner, die uns in dieser kritischen Phase unterstützen. Nun haben wir dieses Dilemma, dass das neue Strategiekonzept des BMZ Zentralamerika eigentlich nur am Rande erwähnt. Es erwähnt zwar auch die Notwendigkeit, gute Regierungsführung zu stützen, Maßnahmen gegen die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu unternehmen, und die Demokratie vor Korruption zu schützen. Aber dadurch, dass die zentralamerikanischen Partnerländer ja nun keine Partnerländer der deutschen EZ mehr sind und alles übergeht zu regionaler Entwicklungszusammenarbeit, die auch über drei regionale Institutionen, also die Banken und das marode zentralamerikanische Integrationssystem, die in der Kritik sind. Welchen Spielraum gibt es da denn noch seitens der deutschen Entwicklungspolitik, der guatemaltekischen Zivilgesellschaft zu helfen oder einen Präsidenten Arévalo bei der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen? Wie sieht denn da die Lage aus?*

Antwort Susanne Menge

- Persönliche Bemerkung: in Anbetracht der globalen Lage würde ich mir wünschen, dass diese Liste, die 2021 mit Fokus auf Afrika entsprechend entschieden worden ist, geöffnet werden könnte
  - Liste macht klar, mit wem keine völkerrechtlichen Verträge gemacht werden können
  - Viele Gründe, warum man auf diese Liste nochmal kritisch gucken sollte: Öffnungen wurden versucht, ist aber nicht erfolgreich gewesen, es gab viele kleine Länder, die klar gemacht haben, wir haben hier eine Menschenrechtssituation, die Unterstützung erfordert, die aber im Ranking sehr weit oben waren (Beispiel Timor-Leste)
  - Kritische Bewertung der Liste wird aber erst wieder in der neuen Legislaturperiode möglich sein  Hoffnung auf andere Kriterien
- Was bindend ist: Bewertungen der Menschenrechtssituation im Land, um auch auf regionaler Ebene auch mit anderen Ministerien die regionalen Projekte weiterhin zu finanzieren und eine Zusammenarbeit herzustellen
  - für mich ist Nicaragua kein Partner, aber selbstverständlich Guatemala schon
- Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist zentral
- Feministische Außenpolitik: Das Interesse, eine feministische Außenpolitik zu leben und zu definieren bedeutet auch, dass es einen Auftrag gibt, die internationale Politik mit diesem Anspruch zu füttern, dass regionale Kooperationen aufrecht erhalten werden und trotzdem der Anspruch insbesondere einer feministischen EZ nicht verloren geht (Veränderung patriarchaler Rollenbilder, Abbau von Hierarchien, bestimmte Traditionen und Perspektiven verändern)
- Reaktionen auf Menschenrechtsverletzungen müssen angemessen sein, was die beiden Ressorts Auswärtiges Amt und BMZ betrifft und dürfen nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen entschieden werden
- Für entwicklungspolitische Maßnahmen gilt nach wie vor die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Unterstützung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte wie Fall Manuela und Fall Beatriz, wo das Urteil noch aussteht  Beispiel für positives Einsetzen der Bundesregierung für menschenrechtsbasierte Arbeit
- Schlüsselrolle der Botschaften
  - Deutsche Botschaften und europäische Büros könnten Journalisten und Journalist\*innen einladen können, im Austausch mit Frauenrechtsaktivistinnen sein etc.
  - Einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass sie Regierungen, die kleine Pflänzchen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedeuten, begleiten
  - Hinderlich dessen: Grundsatz immer: keine politische Einmischung, keine Einmischung in staatliche Aufgaben
    - Wenn man den Versuch der Demokratie in einem Land begleiten möchte, wenn man Korruption bekämpfen möchte, wenn man Rechtsstaatlichkeit und kleine kommunale Strukturen unterstützen möchte, müssen wir den Anspruch der Nichteinmischung kritisch hinterfragen: deutsche Organisationen sollten sich (wie im Fall von Guatemala) auch kritisch äußern dürfen und den Prozess positiv begleiten

#### 8. Frage an Wilfredo Miranda

*Welche Unterstützung seitens der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit würdest Du Dir wünschen, oder auch seitens der Bundesregierung, für die demokratische Zivilgesellschaft, die nach wie vor innerhalb Nicaraguas und im Exil um die Rückeroberung der Demokratie kämpft. Welche Unterstützung benötigt die Diaspora und insbesondere auch der investigative Journalismus, der ein zentraler Pfeiler für die Verteidigung der Demokratie ist?*

Antwort Wilfredo Miranda

- Dank an die internationale Staatengemeinschaft, auch Deutschland, dafür, dass Nicaragua in den Blick genommen wurde und auch Sanktionen ausgesprochen wurden
- Ermunterungen zu Folgendem:
  - Man soll die richtige Lesart mit Blick auf Nicaragua wählen, sich anschauen, was wirklich passiert, wie ist denn der aktuelle Kontext in Nicaragua □ der Kontext, den Menschen vielleicht kennen, gibt es nicht mehr, alles wurde zerstört, alle sind jetzt im Exil: Costa Rica
  - Unterstützungen sind vor allem konkrete Finanzierungsmittel, es ist teuer, guten Journalismus zu machen, Aktivismus ist kostspielig, wenn man im Exil ist, ist das Leben teurer □ das muss aber weiter finanziert werden, damit weiterhin die Arbeit verrichtet werden kann
  - Das sieht man auch an anderen Stellen des Aktivismus (Feminismus), wenn das nicht passiert, dann gehen diese Stimmen verloren
    - die Wirtschaftsfrage ist letztendlich eine Überlebensfrage
  - Auch in internationalen Foren deutlich machen, dass Finanzierungen aufhören müssen (wie über den Climate Fund z.B.), damit das Regime in Nicaragua nicht weiter internationale Kredite erhält

Fragen aus dem Publikum:

- An Susanne Menge in Bezug darauf, dass sich auch die Botschaften kritischer gegenüber der Nichteinmischung verhalten sollen
  - *Der Vatikan hat sich im Fall Nicaraguas auch zurückgezogen aus diesem Land, wie kann die Kirche eine Unterstützung für die Zivilgesellschaft geben? Ist es nicht ein starkes Zeichen, wenn die Kirche sich dann zurückzieht, fühlt die Bevölkerung sich dann nicht zurückgelassen?*
- Die Lösung für die Probleme in Nicaragua soll von uns Nicaraguanern gefunden werden, aber wir brauchen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, wir erwarten eine klare Position, insbesondere von Europa. Bisher gibt es kaum eine klare Linie oder Position, um die zentralamerikanischen Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, Verbindungen vom Ortega Regime und Europa. Deutschland: weiterhin in bilateralen Kooperationen und Investitionen kein Bemühen, das aufzuklären und transparent zu machen, was mit dem Geld passiert
  - *Wunsch an Frau Menge, dass die Sorgen der Menschen in Nicaragua weitergetragen werden*
  - *Investitionspolitik muss immer noch die Prinzipien der EU beachten, die Einhaltung von Menschenrechten etc.*
- An Susanne Menge
  - Im Bereich der internationalen Justiz gibt es laut Jan Simon die Möglichkeit, einzugreifen. Es gibt bestimmt auch die Möglichkeit, von parlamentarischer Seite dieses Thema aufzugreifen. *Gibt es die Möglichkeit, dass Parlamentarier z.B. was Nicaragua und die internationale Konvention zu Folter angeht eine Initiative starten und sagen: Wir fordern von unserer Regierung, dass in diese Richtung Möglichkeiten der internationalen Justiz genutzt werden?*
  - Eindruck, dass die Regionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit immer mehr dazu führt, dass es weniger Transparenz gibt und die regionalen Mechanismen sehr abgehobene Institutionen sind. *Gibt es Möglichkeiten von parlamentarischer Seite, da wieder mehr Transparenz einzufordern, auch in Zusammenarbeit mit Gruppen der deutschen Zivilgesellschaft?*

- Zwei zentrale unterschiedliche Themenkomplexe: rechtliche und politische Fragestellungen, diese Unterschiede spiegeln sich im Programm der Konferenz und auch in der Diskussion wider
  - o In Guatemala hat die Instrumentalisierung der Justiz dazu geführt, dass der politische Wille nur noch eine unbedeutende Rolle gespielt hat, dieses Problem ist uns in Europa nicht so bewusst, obwohl dass auch hier passiert, dass politische Probleme auf die juristische Ebene getragen werden
  - o *An Susanne Menge: Assoziationsabkommen zwischen der EU und den Ländern von Zentralamerika* □ *hat auch einen politischen Themenbereich, der hier nicht ausreichend gewürdigt wird*
  - o *Obwohl es schon sehr gute Rechercheberichte und Erkenntnisse gibt, zu Veruntreuung und Menschenrechtsverletzungen etc. gibt, laufen die Finanzierungen weiter* □ *Warum wird immer nur gesagt: Das wird gerade noch recherchiert, da muss man noch nachforschen?*
  - o Politische Lösungen, juristische Lösungen, das ist das eine, aber eine konkrete, klare Linie und Aussagen bräuchten wir für Lateinamerika
- Wichtig, einige Dinge aus der Diskussion nochmal klarzustellen:
 

Fakten müssen benannt werden, auch mit klaren Worten: internationale Kooperationen haben immer nur dazu beigetragen, Probleme zu verschleiern, unter denen die Menschen in Guatemala dann leiden mussten, es werden aber keine Lösungen gefunden

  - o Der Wahlprozess hat die Problematik des Landes nicht beendet
  - o Kooperation mit Deutschland muss besonders verantwortungsvoll sein und unter besonderer Strenge erfolgen
  - o Guatemala hat im zentralamerikanischen Ranking den letzten Platz in Bezug auf Armut, das kann man mit den Wahlen nicht einfach so lösen, wenn auch so viele Leute im Exil sind
    - Wir müssen warten, wenn der Präsident wirklich demokratisch gewählt ist, ob sich dann die Probleme des Landes wirklich verbessern
    - Seit 2017 ist Guatemala eine juristische Diktatur, die so noch nicht aufgelöst worden ist, die extrem Rechten machen mit dem Land, was sie wollen, es besteht ein Kolonialsystem und das System an sich ist korrupt und wird den Menschen aufgezwungen
  - o Internationale Kooperation und das, was CICEG geleistet hat, war sehr wichtig, auch für das Möglichmachen des Wahlergebnisses, aber sehr viele Beamte, die ihren Intellekt miteingebracht haben, um Aufklärungsarbeit zu leisten, sind heute im Exil □ die internationale Kooperation war ein wichtiger Faktor, aber diese Menschen dürfen nicht in Vergessenheit geraten, in den Exilländern trifft man oft auf verschlossene Türen und Ausländerfeindlichkeit und wird nicht als gleiche Bürgerin behandelt
    - Es braucht Räume, damit die Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte weiter gewährleistet werden kann

#### Antworten Susanne Menge

- Klärung der Rolle von Abgeordneten im Deutschen Bundestag und ihrer Möglichkeiten und der Arbeitsweise
  - o Auswärtiges Amt: Außenpolitik, ist das Ressort, was im Bereich der humanitären Hilfen und der humanitären Zusammenarbeit aktiv ist, auch die Institution, die mit den internationalen Organisationen und Organen zusammenarbeitet, wo die Regierungshaltung sich abbilden muss
  - o Aufgabe von mir im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Arbeit dahingehend beschränkt, dass nur solche Gelegenheiten wie heute genutzt werden können, um miteinander ins Gespräch zu kommen, keine Möglichkeit der Veränderung der Verhältnisse □ da sind internationale Abkommen und internationale Beziehungen zentral
  - o Abgeordnete sollen aber nicht nur Antworten geben, sondern auch ein offenes Ohr haben, damit Forderungen weitergetragen werden können

- o Wir können auch mit unseren Mitteln der GIZ und des BMZ deutlich machen, dass wir Ansprüche haben an Vergaben, dass auch Bankensysteme wie die BCIE nicht unterstützt werden und autoritäre Regime nicht unterstützt werden □ es kann aber nicht verhindert werden (Einflüsse von Kräften im Bundestag wie der AfD, die diese Zusammenarbeit immer wiederherstellen wird)
- Kirchliche Organisation: Finanzierung für kirchliche Organisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen muss gesichert bleiben, selbst wenn sich Deutschland aus bilateralen Beziehungen zurückgezogen hat
- Assoziationsabkommen EU: Weitertragen der Informationen ins AA, aber auch in die Kommunen, denn da genau da passiert ja auch die Zusammenarbeit, diese Ebene muss auch weiter finanziert werden

#### Antwort Carmela Curup Chajón

- Überlegung zur Trennung der Themen nach politischen oder juristischen Fragen in Guatemala interessant
- Diktatur von Richtern, die es gegeben hat □ Studie zur Finanzierung von politischen Parteien: es sind gar keine politischen Parteien, es sind Korruptionsunternehmen
- Sie machen alles, was sie können, um ihre Macht nicht aufgeben zu müssen, diese beiden Dinge sind miteinander verbunden □ da wünscht man sich, dass die Diskussion politisch wäre und die Entscheidung dann auch an den Urnen getroffen werden würde
- Es hat immer eine Diktatur der Rechten gegeben, jetzt haben wir eine Regierung, die demokratisch werden möchte und wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, auch die indigenen Bevölkerungsgruppen wollen sich einbringen, viele Herausforderungen (Pakt der Korrupten), die vorherige Regierung hat auch viele Anstrengungen dafür unternommen, dass viele Projekte mit NGOs nicht mehr weitergeführt werden konnten: Notwendigkeit der internationalen Kooperation, der Kooperation mit Deutschland zur Einhaltung der universellen Menschenrechte, nicht die Handelsabkommen sollen immer das Höchste sein, auch Unternehmen müssen Menschenrechte einhalten □ die internationale Staatengemeinschaft muss da sein und die Situation (Vertreibungen, Genozide) beobachten
- Wir brauchen eine andere Demokratie, eine Demokratie mit interkultureller Komponente, Macht muss auf indigene Bevölkerungsgruppen aufgeteilt und eigene Lebensweise respektiert werden

#### Antwort Jan Michael Simon

- Assoziationsabkommen: in Nicaragua wurde unterzeichnet, aber nicht ratifiziert (die anderen haben es ratifiziert, aber es ist noch nicht in Kraft getreten), nur der Teil zum Handel wurde umgesetzt, aber nicht der zu Demokratie und Menschenrechten □ darüber wird in Brüssel nächste Woche vor der Kommission gesprochen □ nicht nachhaltig, dass die Handelsklausel auf alle Länder Zentralamerikas angewandt wird, obwohl die das nicht ratifiziert haben, aber auch nur der Handelsteil
  - o Internationale Gerichtsbarkeit: Einklageoptionen in Den Haag gegen Nicaragua müssten wahrgenommen werden (viele haben deswegen auch unterschrieben), bspw. auch durch Deutschland, keine Einhaltung von Artikel 61, Artikel 8

## **Freitag, 08. September 2023, Heinrich-Böll-Stiftung**

9.30h - 11:15h

WORKSHOP 1: Der investigative Journalismus gibt nicht auf, im Gegenteil er hat sich nun regional organisiert

Panelist\*innen:

- Jennifer Ávila (ContraCorriente, Honduras)
- Wilfredo Miranda (Divergentes, Nicaragua)
- Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen)
- Moderation: Lya Cuellar (RTZA, Berlin), Mareike Bödefeld (Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)

### Aktuelle Situation des Journalismus

- Wilfredo:  
Unerhörter Konflikt der zentralamerikanischen Demokratien: Presse- und Meinungsfreiheit komplett zerstört. Seit der Repression in 2018 in Nicaragua werden alle Bereiche des Lebens durch die Repression des totalitären nicaraguanischen Staat angegriffen, auch Journalist\*innen. Es gibt 180 Journalist\*innen im Exil. Wilfredo ist zum zweiten Mal ins Exil gegangen, jetzt wurde ihm die Staatsbürgerschaft weggenommen – er ist aktuell staatenlos und lebt im Exil in Costa Rica. Von dort, versuchen die Betroffenen weiter Journalismus zu betreiben, es wird aber immer schwieriger – nicht nur wegen der Situation in Nicaragua, sondern auch weil es nicht viele Ressourcen gibt.
- Jennifer:  
In Honduras gibt es viel Gewalt gegen Journalist\*innen. Das Land war eine Kleptokratie, ist aber seit einigen Jahren eher ein Narcoestado. Es gibt nicht nur strukturelle Gewalt und Gewalt des organisierten Verbrechens, sondern auch die diskursive Gewalt des Linkspopulismus. Sie müssen im Rahmen einer starken Schutzlosigkeit Journalismus machen. Das ist sehr teuer: sie brauchen Sicherheit im Büro, zu Hause, Rechtsanwälte. Es gibt staatliche Schutzmechanismen in Honduras, aber bisher haben sie nicht funktioniert und jetzt werden sie instrumentalisiert und politisiert.
- Christian:  
Nicaragua ist im Ranking in Platz 160 und Honduras in Platz 165 (auf der „Rangliste der Pressefreiheit 2022“, Anm. d. Red.,  
<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2022>)

### Kontext der Region

- El Salvador (Lya Cuéllar):  
In El Salvador, wie in den anderen Ländern, ist die Arbeit schwierig im Kontext von Repression, organisiertes Verbrechen und eine Ablehnung der Bevölkerung wegen der Popularität von Bukele. Medien müssen ihre Verwaltung nach Costa Rica ziehen. Es gibt Journalist\*innen im Exil oder, die sich provisorisch für bestimmten Zeiten im Ausland „verstecken“ müssen.
- Guatemala (Carlos Cano – Festivales Solidarios)  
In Guatemala werden alle kritische Stimmen verfolgt, Journalist\*innen aus allen Bereichen, von periodistas comunitarios bis auf CNN-Korrespondent\*innen, sind unter Drohung und müssen ins Exil. Bekanntester und wichtigster Journalist aus Guatemala, José Rubén Zamora, sitzt seit einem Jahr im Gefängnis, andere Journalist\*innen haben offene gerichtliche Prozesse.

### Strategien und Netzwerken

- Vernetzung:  
Eine positive Entwicklung in dieser Krise der Demokratie ist, dass Journalist\*innen aus Zentralamerika sich immer enger vernetzen. Aus dieser Vernetzung ist das Red Centroamericana de Periodistas entstanden, mit anderen alternativen Medien aus der Region. Die Arbeit in Netzwerken bereichert die Berichterstattung, man lernt voneinander. Es ist für Jennifer z.B.

leichter mit Medien aus anderen Ländern der Region mit ähnlichen Werten und Standards zu arbeiten als mit einigen Medien aus Honduras selbst.

- Europäische Vernetzung:  
Bisher sind sie eher wenig mit Medien in Europa vernetzt außer bei sehr konkreten Projekten. Journalist\*innen in Europa können die Arbeit der zentralamerikanischen Journalist\*innen dadurch unterstützen, dass sie deren Artikeln verbreiten, übersetzen, in ihren Medien replizieren. Christian hat empfohlen, dass sie sich mit Medien aus Russland und der Ukraine vernetzen, die ähnliche Sicherheitsprobleme z.B. haben. Mareike hat vorgeschlagen, diese Vernetzung über die hbs zu unterstützen.

### Schutzmechanismen

- Es gibt in den eigenen Ländern einige Schutzmechanismen, wie Jennifer erwähnt hat, leider sind sie aber nicht ausreichend oder funktionieren gar nicht. In Deutschland gibt es mehrere Programme und Stipendien für Journalist\*innen in Gefahr, die immer mehr Richtung Zentralamerika schauen. RSF hat vier Stipendien für Journalist\*innen aus Krisengebieten, damit sie sich in Deutschland erholen und weiterbilden können.
- In Deutschland und Europa gibt es weitere ähnliche Initiativen und andere werden aktuell entwickelt, z.B. die Hannah-Arendt-Initiative vom AA und DW. Leider sind diese Programme zeitbegrenzt und die schwierige Arbeitssituation für Journalist\*innen besteht.

### **9.30h - 11:15h**

## **WORKSHOP 2: Der mutige Kampf um Rechtsstaatlichkeit in Zentralamerika**

### **Panelist\*innen:**

- Carmela Curup Chajón (Bufete para los Pueblos Indígenas, Guatemala)
- Jan-Michael Simon (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität Sicherheit und Recht, Freiburg)
- Moderation: Melanie Bleil (BfdW, Costa Rica)

### Kontext

- Politische Systeme in Zentralamerika:
  - Costa Rica (noch) Demokratie
  - Nicaragua: Totalitäres System
  - Guatemala, Honduras und El Salvador: Hybride Systeme
- Erklärungsfaktoren:
  - Unzufriedenheit mit der anhaltenden Armut und sozialen Ungleichheit.
  - Die Geopolitik der Drogen
  - Instrumentalisierung des Staates
- Rolle Deutschlands:
  - zieht sich aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit zentralamerikanischen Ländern zurück und verhängt Sanktionen.

#### Erste Frage/Kommentar Comentario Carmela Curup

- Wenn über Demokratie in Zentralamerika gesprochen wird, muss auch über Kolonialismus gesprochen werden
- Kolonialismus = Aufteilung Amerikas in Nationalstaaten im Sinne der Europäer → daraus entwickelte sich die Institution der "liberalen Demokratien".
  - Wir befinden uns auch weiterhin im Kolonialismus = Extraktivismus = Kapital
    - 1824 Entstehung des guatemalteken Staates mit der Privatisierung von Territorien und der Vertreibung der indigenen Bevölkerung.
    - Deutsche Familien spielen eine Schlüsselrolle (Fam. Düsseldorf z.B. Departamento Verapaz).
    - KEINE Demokratie. Viel Korruption von Anfang an im Staat verwurzelt.
  - Die meisten der Projekte, die in Guatemala durchgeführt werden, richten sich an pueblos ladinx/mestizos und nur wenige an indigene Gemeinschaften
    - Rassistische Strukturen in der Gesellschaft und Vertreibung der indigenen Bevölkerung (5.000 indigene Obdachlose).
    - Das Friedens- und Landrecht wurde außer Kraft gesetzt.
    - Heute gibt es allein im Departement Verapaz 1.300 Haftbefehle gegen Indigene.
    - Die indigene Weltanschauung muss respektiert werden: "Ich bin das Land, das Land bin ich".
    - Es ist notwendig, einen Dialog über interkulturelle Demokratie zu führen
    - Wir erleben heute einen neuen Ethnozid.

#### Kommentar Jan Michael Simon

- Hinter der Kolonialisierung/dem großen Kapital steht ein Business Plan
- Law Fare: Konzept aus der Sozialanthropologie und dem Recht
  - Kritische Betrachtung, wie die Kolonialmacht als Herrschaftsinstrument durchgesetzt wurde.
  - Dies ist der Fall, wenn Regierungen den Institutionen der Justiz (dritte Gewalt) ihr Hauptelement "Niemand steht über dem Gesetz" entziehen. An diesem Punkt werden (staatliche) Institutionen zur Machtausübung instrumentalisiert.
  - Korruption: Sie ist ein dehnbarer Begriff (die internationale Staatengemeinschaft hat sich nie auf eine gemeinsame oder offizielle Definition geeinigt!)
  - Guatemala: Ein klassisches Beispiel dafür, dass die Justiz nicht die Rolle spielt, die sie spielen sollte.

#### Rolle der internationalen Gemeinschaft und Deutschlands

- Es gibt wenige internationale Instrumente (wie z.B. die ILO 169, über die mehr als 2 Jahre diskutiert wurde)

- Es ist schwierig, diese umzusetzen, es gibt noch viele koloniale Herausforderungen
  - Es gibt Rechtssicherheit in Bezug auf Landrechte und Rechte der Vorfahren, aber die Richter in Guatemala ignorieren sie.
  - Es gibt keine internationalen Instrumente, die die Kosmvision des kollektiven Rechts wirklich schützen. Wurzel davon liegt im Kolonialismus und Eurozentrismus mit seinem individualisierten Privateigentum.
- Die Menschenrechtskommission und internationale Beobachtungen füllen eine Lücke, die es gibt
- Die Rolle der internationalen Gemeinschaft für Zentralamerika war in der Zeit des Kalten Krieges zentral.
  - Es gab viel physische Gewalt (Anmerkung: Rechtsstaatlichkeitsformel).
  - Die Internationale Gemeinschaft hat viele internationale Konflikte beigelegt. Die Menschen in Zentralamerika hatten hohe Erwartungen, dass dies auch bei ihren Konflikten der Fall sein würde.
- Die internationale Gemeinschaft sollte ein Katalysator sein, der die in den Ländern vorhandenen Akteure des Wandels unterstützt und befähigt.

### Vision

- Öffentliche Äußerungen helfen, unsichtbaren Kämpfen Sichtbarkeit zu verleihen.
- Stärkung der bestehenden sozialen Akteure und Projekte in der Region
- Schulungen zu internationalen Rechten und Instrumenten
- Internationale Verträge:
  - wie können sie Grundrechte respektieren?
  - dass Menschenrechtsstandards umgesetzt werden, z.B. Konsultation/Zustimmung der indigenen Völker (dies wird immer schwächer).
- Es gibt drei Modelle zum Verhalten der Internationalen Gemeinschaft
  1. Leichte Begleitung: Schulungen, Broschüren, Austausch
  2. Shoulder rubbing: Zusammenarbeit mit den Akteuren auf einer täglichen Basis
  3. Austausch/Ersatz: eine Art SWAT-Team, ein Gewaltmodell, das nicht mehr als Kooperation gilt.
 → Für die Region ist das zweite Modell am besten geeignet.
- Es gibt mehrere Akteure der "internationalen Gemeinschaft" in der Region
  - USA (der wichtigste) = agiert in sehr spezifischen Bereichen (Drogen)
  - GIZ arbeitet nach Modell 1 = war nicht sehr fruchtbar, Schulungen ändern das Land/die Politik nicht.

### Diskussion und Fragen aus dem Publikum

*Wie können die Menschenrechte in einem extraktivistischen System respektiert werden?*

- Suche nach Informationen zu den Vorständen der zuständigen Institutionen.
  - in der Regel finanziert durch öffentliche Mittel oder privates Kapital von Einzelpersonen in der Europäischen Union (Rente, Kapital...). Es fehlt immer noch das Bewusstsein dafür, was mit dem investierten Geld geschieht und woher (bzw. von wem) die großen internationalen Fonds finanziert werden.
  - Es ist notwendig, hier (Deutschland/EU), wo die Demokratien stabiler sind, viel mehr in den Dialog mit der Politik zu treten.
  - Bewusstseinsbildung = Humanisierung! Hinter Menschenrechtsverletzungen steht menschliches Leben/Menschen.
    - z.B. afrikanische Ölpalme tötet/ tötete Menschen □ mehr Forschung über Produktionsketten

*Was macht man mit Vereinbarungen wie dem Lieferkettengesetz?*

- Im Allgemeinen wird in diesen Abkommen nur der Handelsaspekt erfüllt, nicht aber der Menschenrechtsaspekt. Es ist mehr Druck und ein Perspektivwechsel erforderlich.

#### *Was ist die Rolle der (indigenen) Mittelschicht in Guatemala?*

- Mittelschicht in Guatemala = Feudalsystemgesellschaft = 20 Eigentümerfamilien
  - Die Menschen der Mittelschicht arbeiten in denselben Unternehmen, die die Menschenrechte verletzen, indem sie ihre geistige/intellektuelle Arbeit verkaufen.
- Indigene Völker waren schon immer im Kampf = das ist nicht die Vergangenheit.
  - fundamentaler Rassismus = auch die Indigenen mit mehr Geld werden als Indigene angesehen ("un indio queda siendo un indio")
  - Indigene haben immer eine klare Agenda gehabt: Kämpfe für grundlegende Menschenrechte, Landrechte, kollektive Rechte, kulturelle Rechte (indigene Trachten), Rechte der Vorfahren.

### **9.30h - 11:15h**

## **WORKSHOP 3: Feministische Strategien in Zentralamerika**

### **Panelist\*innen:**

- Sara García (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del aborto, El Salvador)
- Xaviera Molina (Red de Mujeres Pinoleras, Costa Rica)
- Derya Binışık (Gunda-Werner-Institut, Berlin)
- Moderation: Susanne Breuer (Misereor, Berlin)

### **Aktuelle Situation in El Salvador besonders für Frauen, Mädchen und LGBTQI\***

- Strikte Anti-Abtreibungsgesetze (seit 1998) haben große Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit der Frauen, es besteht ein Risiko der Kriminalisierung von Frauen bei Notfällen bei der Geburt
- Frauen werden kriminalisiert und eingesperrt □ Strafen: 30 – 40 Jahre
- Auch in Extremfällen wird die Hilfe verweigert (10-jährige Mädchen werden z.B. gezwungen, Mütter zu werden)
- Machistische und patriarchale Politiken
- Momentan in El Salvador: Ausnahmezustand, die Gefängnisse sind voll (alles, um die Popularität der Regierung zu steigern)
- Der Kampf für ein Recht auf Abtreibung ist ein Kampf für das Leben
- Caso Beatriz:
  - Laufender Prozess in Costa Rica, Beatriz vs. El Salvador
  - Sara war bei den ersten Anhörungen dabei

- o Es bestand eine Vorerkrankung und der Fötus war nicht lebensfähig, trotzdem 81 Tage bis „Geburt“ eingeleitet werden konnte, vorher wäre das als Abtreibung klassifiziert worden
- o Trauma und Folter, diesen nicht lebensfähigen Fötus gegen den erklärten Willen der Frau austragen zu müssen
- o Ärzte wurden eingeschüchtert
- o Gewaltakteure:
  - Der Fall Beatriz erlaubt es, die transnationalen Verbindungen zwischen den Akteur\*innen zu sehen, die sich gegen Abtreibungsrechte aussprechen: Antifeminist\*innen, Anti-Gender Akteur\*innen
  - die offizielle Delegation des Staates El Salvador bestand nicht nur aus Institutionen aus El Salvador sondern auch: dem US March for Life, dem Global Center for Human Rights (das finanzielle Mittel bereitstellt)
  - dies führt zur Zermürbung von Frauenverteidigern, Neutralisierungsstrategien
  - lateinamerikanisches Roe versus Wade

#### Aktuelle Situation in Nicaragua (Exil Costa Rica) besonders für Frauen, Mädchen und LGBTQI\*:

- alarmierend, ein Zustand der Wehrlosigkeit, Abbau der rechtsstaatlichen Institutionen, Schließung der zivilen Räume, politische Gefangene, für die oft das Exil der einzige Ausweg ist, besondere Unterdrückung in den Gefängnissen, Formen der Folter bis hin zur Vergewaltigung
- Exil:
  - o In Costa Rica Gründung des Red de Mujeres Pinoleras
  - o Kompliziert, im Exil weiterzumachen
  - o Probleme in der Pandemie
  - o Probleme durch den Status als migrierte Frauen
  - o Netzwerk begann mit Tauschhandel für den Lebensunterhalt; als Überlebensnetzwerk inmitten der Pandemie; Suche nach Möglichkeiten der Selbstständigkeit
  - o Veranstaltungen von ferias, die großen Anklang fanden
  - o Vernetzung mit Frauenbewegungen aus Costa Rica war nicht immer einfach

#### Aktuelle Situation in Deutschland besonders für Frauen, Mädchen und LGBTQI\* / Vergleichsmöglichkeiten zu den Kämpfen in Zentralamerika

- Schwierigkeiten des Vergleichs, vor allem nach dem, was Sara und Xaviera erzählt haben
- Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland ist zwar einfacher, aber keineswegs barrierefrei
- Ein Thema, dass alle feministischen Organisationen weltweit betrifft, ist die transnationale Verflechtung und Zusammenarbeit der Abtreibungsgegner, diese Kräfte erstarken auch in Deutschland
  - o hierzu gibt es Ansatzpunkte für gemeinsame Gegenstrategien
- Sensibilität der aktuellen Regierung;
  - o Feministische Forderungen werden zumindest rhetorisch in immer mehr Politikbereiche hineingetragen
  - o mehr Offenheit als in Vorgängerregierung: Grüne kamen teilweise aus der feministischen Bewegung, weshalb es Verbindungen zwischen Aktivistinnen und Abgeordneten gibt, das bietet Chancen, die bereits genutzt werden:
    - Abschaffung von §218 (seit 150 Jahren gültig) hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden

- o gleichzeitig sind die bisherigen Initiativen unzulänglich, Perspektiven werden heruntergeschraubt, weil es nicht möglich ist, weitergehende Forderungen angesichts des konservativen Milieus durchzusetzen

### Ansatzpunkte feministischer Außenpolitik und feministischer Entwicklungszusammenarbeit

Sara

- Solidarität ist in diesen kritischen Momenten von zentraler Bedeutung
- Welche Formen, welche Politiken können mit Deutschland aufgebaut werden,
  - o Anprangerung der Geschehnisse, Sanktionen, Erklärungen, Durchbrechen der Medienbelagerung
  - o Finanzierung, mehr für Bewegungen, weniger für autoritäre Regierungen! Unterstützung für die Akademie, nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Unterstützung

Xaviera

- Bedeutung von Cyber-Aktivismus, Unterstützung von Kampagnen
- weiterer Aufbau von Allianzen über bestehende Allianzen hinaus
- feministische Kämpfe schließen auch Exil- und Migrationsfragen ein: keine Visa zu haben, schränkt Möglichkeiten der Interessenvertretung ein

Derya

- Was heißt Solidarität?: sollte nicht nur eine Worthülse bleiben
- Oft gibt es Veranstaltungen, Publikationen und Vernetzungen zwischen Deutschland und anderen Ländern, aber was passiert danach?
- Oft geht es um das blanke Überleben; es muss einfacheren Zugang zu finanziellen Mitteln für Aktivist\*innen aus anderen Teilen der Welt geben

### Offene Fragen (in der anschließenden Debatte):

- *Möglichkeiten der Allianzenbildung zwischen feministischen Kollektiven hier mit Kollektiven aus Nicaragua (im Exil)*
- *Hoffnungen auf EFLAC (Encuentro Feminista de Latinoamérica y el Caribe) vom 22.-25.11. in El Salvador (Instagram: @15efflac), 1.500 Feminist\*innen aus der Region kommen zusammen, es wird Dialoge und Möglichkeiten zur Allianzenbildung geben*
- *Was ist die regionale Perspektive auf die internationale Zusammenarbeit, auch in Hinblick auf die transnationale Vernetzung der Gegner\*inne, welche konkrete Unterstützung wünscht Ihr Euch?*
  - o Momentan wenige Ressourcen, in Europa liegt der Fokus auf der Ukraine
  - o Flexible und langfristige Mittel zur Unterstützung der lokalen Kämpfe
- *Weitere Allianzen: kirchliche NGOs (wie: Católicos por el derecho a decidir) können strategische Alliierte sein, wie unpolitische NGOs*
- *Rolle der Männer in feministischen Kämpfen, feministische Themen werden immer noch in gesonderten Panels und als „add on“ diskutiert*
- *Sorge, wegen einem gewissen Rechtsruck/einer Selbstzensur der ONU, die sich ihre Dialogräume mit den repressiven Regierungen nicht ganz versperren wollen*

**9.30h - 11:15h**

**WORKSHOP 4: Schutz der Naturressourcen im Kontext der Klima- und Umweltkrise**

**Panelist\*innen:**

- Amaru Ruiz (Fundación del Rio, Nicaragua)
- Maudy Ucelo Jiménez (AMISMAXAJ, Guatemala)
- Moderation: Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, El Salvador)

**Einführung**

**Klimawandel**

- Es ist in den Ländern Zentralamerikas 6x wahrscheinlicher, an einer Naturkatastrophe zu sterben, als in Ländern des globalen Nordens
- Hurrikane wie Eta und Iota aus dem Jahr 2021 haben viel Migration ausgelöst, Vertreibung durch die Klimakrise □ Migrant\*innen geben an den Grenzen als Fluchtgrund auch an, dass sie nicht mehr anbauen konnten

**Bergbau**

- Wirkt sich auf die Gemeinschaften aus und vertreibt Menschen aus den Gebieten
- Rolle und Verantwortung der Länder des Nordens und ihrer Unternehmen, die den Rohstoffabbau mit all seinen Auswirkungen auf die Gemeinschaft finanzieren.

**Amaru Ruiz**

- Die Regierungen haben in den letzten Jahren zahlreiche Konzessionen vergeben
  - 23 % des Territoriums, davon 60 % an der Karibikküste, in indigenen und afroamerikanischen Gebieten
  - die Zahl der vergebenen Konzessionen ist stark gestiegen (121 Konzessionen)
  - es gab keine Konsultationen für diese Konzessionen; in einer Studie der Flusstiftung wussten viele Völker nicht einmal, dass ihre Gebiete konzessioniert waren. Dies impliziert eine große Unübersichtlichkeit in den Gebieten.
- Es wurde festgestellt, dass das Modell vom Extraktivismus (der Staat erleichtert die Ansiedlung privater Unternehmen) zum Neo-Extraktivismus überging (der Staat ist eher Protagonist, indem er Joint Ventures unter Beteiligung des staatlichen Unternehmens "Empresas Nicaragüenses de Minas (ENIMINAS)" gründet
- Viele ausländische Unternehmen (kanadische, britische, amerikanische,...) sind in Nicaragua tätig.
- Für die indigenen Gemeinden ist das "Territorium" gleichbedeutend mit ihrer Lebensgrundlage □ viele Überschneidungen zwischen den Gebieten der Konzession und den Gebieten der indigenen Gemeinschaften
  - Konzession bedeutet: Rechtlich gesehen gibt es Explorations- und Ausbeutungskonzessionen für das gesamte Gebiet.
  - Problem: Falle für indigene Völker in Lateinamerika, die in vielen Fällen das Recht auf das Land haben, aber nicht auf den Untergrund □ Der Untergrund gehört dem Staat
- 40.000 handwerkliche Minen, die 30% des exportierten Goldes liefern
  - Das Hauptexportgut von Nicaragua ist Gold, das vor allem in die USA, in die Schweiz und auf den arabischen Markt
- Das konfliktrüchteste Gebiet ist "Mayanga sauni bas", das von Waldschützern verteidigt wird, wobei bereits mehrere Menschen (75 Personen) getötet wurden.
- Neue Konzessionen in der Südkaribik von Nicaragua

#### Bedeutung der der indigenen autonomen Regionen von Nicaragua

- Das Unternehmen muss eine vorherige und informierte Konsultation in allen Gemeinden durchführen (indigene Versammlung). Nach der regionalen Regelung muss es die Regionalregierung/den Regionalrat durchlaufen, um die Genehmigung zu erhalten.
- Auf regionaler Ebene hat das Ortega/Murrillo-Regime die gesamte Macht/Kontrolle.
- Die einzige Stelle, über die sie nicht die volle Kontrolle haben, ist die Gemeinde. Andererseits wurde auch erwähnt, dass das Ortega/Murrillo-Regime alle Anstrengungen unternommen hat, um die Kontrolle auf Gemeindeebene durch die in den letzten Jahren geschaffenen Strukturen zu etablieren.
- Generell wurde erwähnt, dass Konzessionen auf zentralamerikanischer Ebene unterschiedlich gehandhabt werden; im Falle Nicaraguas ist die große Zahl der Konzessionen alarmierend; es wird vermutet, dass der Export und der Schwarzmarkt von Gold eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung des Ortega/Murillo-Regimes spielen.

#### Maudy Ucelo Jiménez

##### Situation in Guatemala:

- Die Konsultationen wurden in vielen Fällen ohne vorherige Konsultationen vergeben

- 30 % des Gebietes sind konzessioniert, manchmal für viele hunderte von Jahren
- Die meisten Unternehmen sind kanadisch; sie verkaufen auch Gold an Apple und Microsoft
- Die USA sanktionieren sowohl Gold aus Nicaragua als auch aus Guatemala
- Für die guatemaltekische Regierung ist der Gewinn begrenzt, er trägt nur 1 % zum Bruttosozialprodukt bei.

Vorschlag der indigenen Frauen (mujeres chinca): territorio cuerpo:

- Es handelt sich um eine neues Narrativ von Frauen, die sich an vorderster Front gegen den Bergbau wehren (Verteidigung) und von ihrem Frausein (Feminismo Comunitario).
- Territorio-Cuerpo
  - o Frauen sind sehr stark mit der Natur verbunden, Frauen sind z.B. für das Wasser zuständig, es ist auch ein Konzept gegen den Machismo
    - die Organisation dient der Verteidigung des Territoriums, gemeinsam mit vielen jungen Leuten
  - o Unser Territorium = unser Körper
  - o Wie können diese Gebiete auch vom Einfluss des Kolonialismus befreit und geschützt werden? Vom rassistischen, chauvinistischen, neoliberalen und kolonialen System?
  - o Um glücklich zu sein, brauchen wir ein sauberes Land, ohne Bergbau!
  - o Es gibt Bergbau in dem Gebiet, es gab keine Konsultation, er wurde ohne Zustimmung aufgebaut; das Unternehmen sagt, dass er das Gebiet nicht beeinträchtigt, dass der Bergbau weit weg ist, aber er beeinträchtigt z.B. die Qualität und Verfügbarkeit von Wasser, große Zerstörung.
  - o Netzwerk des Lebens; das Chinca-Gebiet hat Leben, Leben ist der Ort, an dem sich alles befindet, alles ist Energie, das Gebiet ist unsere Stimme.
  - o System der Unterdrückung, das den Körper der Frauen schädigt
  - o Wert unserer Kosmvision, die Vorfahren lehrten uns den Widerstand gegen Kapitalismus und Kolonialismus, es ist wichtig, zum "historischen Leben" zurückzukehren
  - o Die Frauen waren die Ersten, die uns gelehrt haben, wie man mit der Natur koexistiert, es ist wichtig, dies von der Jugend an zu tun; ein Kampf in unserem Gebiet, der aber mit vielen anderen Widerständen / Kämpfen auf zentralamerikanischer Ebene verbunden ist.

Wozu diese Form der Organisation?

- Es gibt viel Korruption zwischen den Bergleuten und den Staatsbeamten (sie führen keine Konsultationen durch), es gibt mehr Zerstörung, mehr Armut, Wasserverschmutzung etc.; es ist ein ständiger Kampf, von der Jugend und besonders von den Frauen.

Fall Cerro Blanco (Guatemala)

- Es handelt sich nicht um ein indigenes Gebiet, eine kommunale Konsultation war erforderlich.
- 89 % stimmten gegen die Konzession, mit großer Beteiligung (es gab eine sehr große Mobilisierung); das Verfassungsgericht verhängte Schutz des Gebietes; das Unternehmen reichte eine Beschwerde ein, dass ihre Rechte verletzt wurden. Bisläng ist noch kein Urteil ergangen;
- Das Unternehmen hat das Bergwerk nach den jüngsten Wahlen zum Verkauf angeboten; das Bergwerk wird als "minera de bolsa" betrachtet.
- Es gab eine Anhörung, aber es wird behauptet, dass bei der kommunalen Anhörung Betrug begangen wurde

Kommentare/Fragen

- *Zu den Landkonflikten in Nicaragua seit Ende der 1990er Jahre; der Protest kommt von vielen Bevölkerungsgruppen, nicht nur von indigenen Gruppen, da die Minen auch viele Bevölkerungsgruppen bedrohen*
- *Was Nicaragua betrifft, so weiß das Regime um die Macht der Gemeinschaft, weshalb es seine Verbündeten in Positionen der Gemeinschaftsstruktur einsetzt. Es gibt Mitglieder der indigenen Gemeinschaft, die Land an die Regierung verkauft haben und davon jetzt leben.*
- *Kriminalisierung in Nicaragua: Hilfe muss von außen kommen. Die Regierung vergibt illegal Konzessionen, den Unternehmen sollte gesagt werden, dass sie keine legalen Konzessionen erhalten, da das Regime illegal ist; wir (die Opposition) sind die Zukunft □ Verhandlungen mit den Kanadier\*innen: „Bereiten Sie sich auf die Zukunft vor, nach einem Regierungswechsel werden alle diese Konzessionen gestrichen“*
- *Was möchtet Ihr Europa sagen, was ist aus Eurer Sicht der wichtigste Aspekt? Eure Botschaften / Eure Position zu den Rechten indigener Völker, die in Europa verbreitet werden sollen*

#### Antwort Amaru Ruiz

- Was tun wir (als Fundación del rio)?
  - o Es gibt einen aktuellen Fall/Beschwerde: im Zusammenhang mit der Konzession in den Mayanga-Gebieten.
  - o Es wurde mit den Kanadiern gesprochen; in der kanadischen Industrie ist die Regierung involviert; die kommerziellen Sitzungen werden von den Unternehmen bezahlt.
  - o Ein Fall hat gerade ein Gericht in Kanada erreicht.
  - o Es handelt sich um eine komplexe und kostspielige Angelegenheit; das Unternehmen verfügt über eine große finanzielle Kapazität.
- Indigener Fokus
  - o es ist ihr Recht (indigener Diskurs); historische Rechte; indigene Völker sind mit Rassismus konfrontiert; ihre Grundbedürfnisse sind nicht gedeckt; dies erleichtert die Korruption auf lokaler/kommunaler Ebene mit indigenen Völkern
    - Kapitalismus/extraktivistisches System in Bezug auf natürliche Ressourcen wurde uns aufgezwungen und führte zu Korruption
  - o Verfolgung vieler Aktivisten in den Gebieten; die Situation in Guatemala (Unterernährung, Armut, Umweltverschmutzung usw.) sollte in Europa berichtet und sichtbar gemacht werden; dies würde ihre Unterstützung bedeuten.
  - o Wir sind im Kampf für ein besseres Leben in den Territorien.
- Konsultation
  - o Der Konsultationsmechanismus wurde nicht genutzt; jedes Gebiet kann seinen eigenen Konsultationsmechanismus definieren; er kann nicht aufgezwungen werden; Konsultation auf territorialer Ebene; es muss Zugang zu Informationen geben, aber das wurde nicht erfüllt. Was in einigen Fällen hilft, ist die Beteiligung der Bürger.
- Partnerschaften
  - o Es gibt Allianzen mit kanadischen NGOs.
  - o Die Ombudsperson kann nur vermitteln, aber keine Entscheidungen treffen = Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen sanktionieren.
  - o Es gibt eine Strategie zur Beeinflussung finanzierender Banken, die sich den Menschenrechten verpflichtet haben, um Bergbauprojekte zu stoppen, z.B. "Swiss Holding" im Fall Cerro Blanco.
  - o Im Allgemeinen ist es sehr kompliziert, da die Unternehmen sehr mächtig sind.
- Finanzierung

- o Beziehung zwischen KFW und BCIEI: KFW finanzierte ein afrikanisches Palmenprojekt, das eine Monokultur ist und Umweltschäden verursacht.
- o Forderung: Es sollte unabhängige Sozialaudits geben, die nicht vom Unternehmen finanziert und in Auftrag gegeben werden.
  
- o Auf EU-Ebene:
- o Forderung: Einfluss auf Kontrollmechanismen und Sozialaudits nehmen.
- o Forderung: gegenüber den Schweizern, kein illegales Gold kaufen.

**11:30h – 13:00h**

**4 Länderstationen:**

**Nicaragua/ Costa Rica** mit: Wilfredo Miranda (Divergentes); Xaviera Molina und Fernanda Martínez (Red de Mujeres Pinoleras); Amaru Ruiz (Fundación del Río)

**Honduras** mit: Jennifer Ávila (ContraCorriente); Esly Banegas (COPA)

**El Salvador** mit: Sara García (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del aborto); Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, El Salvador), Dr. Ingrid Wehr (Heinrich-Böll-Stiftung, El Salvador)

**Guatemala** mit: Carmela Curup Chajón (Bufete para los Pueblos Indígenas, Guatemala)

---

**Länderstation Nicaragua / Costa Rica**

Frage: *Wie sieht die Situation von Menschen aus Nicaragua im Exil in Deutschland aus?*

- Asylsituation
  - o schwierige Situation der Anerkennung, oft nur Duldung, wenn kein Beweis für Verfolgung, Folter etc.
  - o Deutschland macht diesen Prozess nicht einfach, schwerfällige Bürokratie und Sprachbarrieren
  - o Bisher Grund für Negierung von Asyl: keine Gefährdung für das Leben
    - o die nicaraguanische Gemeinschaft ist sehr divers: politische Geflüchtete, aber auch Wirtschaftsflüchtlinge
    - o Repression und Diktatur betreffen alle

- o viele Leute wollten gar nicht gegen das Regime protestieren oder sich äußern, sondern wollten nur studieren □ Schließung der Universitäten
  - o Nicaragua und nicaraguanische Geflüchtete sind nicht unbedingt die Priorität Nummer 1 für Deutschland, kein Land, was unbedingt anerkannt wird
  - o Fragen des Asyls sind super schwierig: politische Lage in Europa und in Deutschland: Regierung hat Angst, Entscheidungen zu treffen, die so wirken, als würden Asylverfahren vereinfacht werden
  - o Verantwortungsverschiebung innerhalb der deutschen Behörden
- Forderungen:
  - o Eine der zentralen Forderungen ist, den Prozess des Asyls zu vereinfachen, der auch sehr langwierig ist
  - o Eine offizielle Stellungnahme, dass Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua stattfinden
  - o Einen ähnlichen Status wie Venezuela erreichen (von der Garantie des Asyls und der Anerkennung der Lage)

Frage: *Hat Wilfredo journalistische Verbindungen in Deutschland?*

- Bisher **keine**

Frage: *Was wissen die Leute in Deutschland über Nicaragua?*

- Nicht so viel, die Leute können sich oft nicht vorstellen, dass die Situation wirklich so schlimm ist
- Auch Nostalgie in politischen linken Kreisen spielt eine Rolle: immer noch Glauben an die Revolution und Festhalten an dieser
  - o Unterschiede zwischen der Linken in Deutschland und der Linken in Lateinamerika, seit 2018 bis heute deutlich (Beispiele aus einem jungen linken akademischen Kontext)
  - o Romantisierung der Revolution und des Sandinismo
  - o Große Angst vor der (imperialistischen) Rolle der USA
- Hier ist vor allem auch zentral: die Rolle der mit Nicaragua solidarischen Organisationen im Ausland
  - o Haben es schon geschafft, zu einem Perspektivwechsel anzuregen, die Romantisierung der Revolution ist nicht mehr so präsent
  - o Auch deswegen ist es so zentral, Nicaragua in den Diskursen hier sichtbarer zu machen und die aktuellen Probleme und Herausforderungen darzustellen
- Idee, den Fokus auch regionaler zu gestalten und gemeinsame Aktionen zu planen, da einige Probleme in der gesamten Region auch ähnlich gelagert sind

## Länderstation Honduras

### Kommentar Jennifer:

Zur Rolle als Journalistin:

- Zentral: immer eine kritische Perspektive einzunehmen

Zu den Wahlen:

- Stimmen junger Menschen besonders wichtig, bei ihnen hat der konservative, antikommunistische, antifeministische Diskurs gegen Libre nicht verfangen
- Insgesamt: Abwahl von JOH
  - Die Oppositionsallianz gegen JOH sollte unversöhnbare politische Positionen zusammenbringen, das war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die Kommission für die Transition ist ebenfalls gescheitert, sie konnte keinen klaren, konstruktiven Weg für einen Neubeginn aufzeigen.
- Was für Libre sehr wohl funktioniert hat, ist die Kontrolle über die Regierung zu bekommen – trotz der Krise im Kongress, der die Schwäche gezeigt hat.

Zum Narcostaat und Ausnahmezustand

- Der Narcostaat ist nicht aufgelöst. Es gibt Pakte, Absprachen Mächtiger unter dem Tisch, um die Kontrolle über den Staat zu behalten. Natürlich ist es notwendig, dass die Regierung verhandelt und Kompromisse findet, hier geht es aber nicht um Verhandlungen über politische Inhalte, sondern um das Paktieren mit Kriminellen, die die Kontrolle behalten wollen.
- Der Ausnahmezustand trägt ebenfalls nicht zur Konstruktion eines demokratischen Staatswesens bei. Der Versuch, Bukele zu kopieren ist ein Desaster. Das hat sich beim Massaker von 46 Frauen im Gefängnis deutlich gezeigt.

Aktuelle Situation

- Morde an Journalist:innen, Campesinos, Aktivist:innen gehen weiter
- Rechtliche Garantien für unabhängige Medien sind eingeschränkt. Regierung setzt auf strategischen Kommunikation und Propaganda. Wirft unabhängigen Medienschaffenden Konspiration gegen den Staat vor. Hält sich für „dueños de la calle“ und die einzig legitime Vertretung der Bevölkerung. Räume für Medienschaffende schließen sich, der psychologische Druck auf sie ist hoch.
- Trotz der Militarisierung des Landes wird von einem ausländischen Komplott gesprochen, um die Regierung zu stürzen. Honduras ist heute geprägt von zwei entgegengesetzten populistischen Strömungen („dos populismos encontrados“), die Bürger:innen stecken in der Mitte fest.

### Kommentar Esly

Zur aktuellen Lage:

- Xiomara Castro kann noch etwas im Bereich Verteidigung der Landrechte und der Umwelt tun (allerdings nicht mehr viel Zeit)
- Über 150 campesinos im Aguan wurden ermordet, Straflosigkeit ist total
- Zentral: Konflikt über den Raub von Agrarreform-Land

Abkommen mit der Regierung Februar 2022

- Die juristische Kommission hat ihren Bericht bereits der Präsidentin vorgelegt, dort sind konkrete Schritte vorgeschlagen, wie die Aneignung von Land rückgängig gemacht wird und die

Kooperativen zu ihrem Recht und ihrem Land kommen; es ist aber bisher nichts unternommen wurden, der Bericht liegt offenbar unkommentiert im Büro der Präsidentin

- Die Dreier-Kommission (Comisión Tripartita) zum Thema Menschenrechtsverletzungen im Aguán kommt nicht in die Gänge.
  - Themen wären: Wiedergutmachung, Nicht-Wiederholung, Ermittlungen, Gerichtsverfahren gegen die Täter\*innen.
  - Seit September 2022 gibt es – theoretisch – ein Budget für die Comisión Tripartita, seither viele Gesprächsrunden, aber keine Fortschritte bei der Einrichtung der Comisión
- Bedrohungen und Morde
  - Seit Unterzeichnung des Acuerdo wurden 8 Landrechte- und Umweltverteidiger im Aguan ermordet.
  - Bewaffnete Männer vor dem Büro von COPA, Überwachung der Privathäuser mit Drohnen, Führungspersonen können nicht mehr nach Hause. Gestern warteten Bewaffnete auf die Leitung von COPA, Polizei wurde gerufen, die behauptete „Da ist niemand.“
  - Staatsvertreter sagte kürzlich bei einem Besuch einer Delegation des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Staat könne den Konflikt im Aguán nicht lösen, da nicht klar sei, wo dort die Unternehmenstätigkeit aufhöre und das organisierte Verbrechen anfangen.

#### Ausblick

- Die Organisationen aus dem Aguan haben seit 2014 ihren Fall bei der CIDH, sie sind sicher, dass der Staat verurteilt werden wird.
- Die Regierung stützt indes den Vize-Verteidigungsminister Oberst Elías Melgar, dem schwere Menschenrechtsverletzungen im Aguan in seiner Zeit als aktiver Militär dort und in Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten großer Palmölunternehmen vorgeworfen werden. (Anmerk d. Red. <https://theintercept.com/2023/08/25/honduras-military-elias-melgar/>)

#### Diskussion

*Gibt es genug politischen Willen für die Einrichtung der CICIH? Und: Die Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofs war einigermaßen akzeptabel. Wie ist es jetzt mit dem neuen Generalstaatsanwalt?*

Jennifer:

- Steht internationalen Instrumenten kritisch gegenüber
  - nach dem Rauswurf der CICIG aus Guatemala waren die Rückschritte größer als die zuvor erreichten Erfolge
- Kommissionen sind die Hände gebunden durch Verträge mit (autokratischen) Regierungen
- El Salvador: CICIS war ein Misserfolg, damaliger Präsident hat sie blockiert
- Honduras: kein vollständiger Willen der Regierung und die UNO ist zu der nötigen Selbstkritik nicht in der Lage
- CICIH wird wegen der tiefen Krise der Staatsanwaltschaft nicht funktionieren könne
  - Erfolg der CICIH ist eng an Möglichkeiten der Justiz geknüpft, diese ist weiterhin kooptiert
  - wenn es dort keine Säuberungen und keine Verbesserungen gibt, dann wird das nichts
- Regierung setzt auf eine Verfassungsreform, damit jede der drei Parteien ihr gleich großes Stück vom Kuchen Ministerio Público (Staatsanwaltschaft) bekommt, aber diese Reform ist erst in der nächsten Legislaturperiode möglich.

- Was die Stärkung des Justizsystems betrifft, so hängt vieles auch davon ab, wieviel Geld die UNO dafür ausgeben wird.

Esly:

- In Bezug auf die am besten qualifizierte Kandidatin für die Generalstaatsanwältin wurde in den Medien (und auch von Seiten von Libre) absichtlich Konfusion erzeugt, so geht das nicht, das verwirrt die Leute total
  - Es ist wichtig, den Prozess weiterzuverfolgen und Druck zu machen, damit die bestqualifizierte Kandidatin sich durchsetzt und nicht paktierte Kandidaten.

*Welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft? Wo kann von außen (durch EZ) unterstützt werden? Gibt es einen Hoffnungsschimmer?*

Jennifer:

- Ein Land ist viel mehr als seine Regierung:
  - o Mehr mit Bildung arbeiten, mit gut recherchierter Information
  - o Unterstützung für gute Journalist\*innen-Ausbildung wäre wichtig
  - o mehr Unterstützung für Korruptionsforschung, mehr in Aktivist\*innen investieren, die viel Know-How haben, Integration ihrer Expertise in den akademischen Sektor fördern

Esly:

- Gewerkschaftssektor kann ein wichtiger Bündnispartner sein, Bauernorganisationen ebenfalls
  - Advocacyarbeit zu Interessen in Bezug auf Ressourcen im Aguan wäre wichtig.
  - Aufruf zur Solidarität wegen der Verletzung fundamentaler Rechte, der Verunglimpfung durch Medien und Funktionäre entgegenzutreten

Anmerkung Keyla Canales (ERIC):

- Auf die Verknüpfung des Falles Guapinol mit dem Flughafen München hinweisen (Unternehmen von Lenir Pérez/Ana Facussé). Die Familie Zelaya ist bestimmten Unternehmerfamilien in Honduras sehr verpflichtet.

Jennifer:

- Unterstützung für das Justizpersonal, aber von unten nach oben
  - o Professionalisierung des Justizpersonals wäre wichtig. Die Regierung hat stattdessen die Militarisierung aufrechterhalten (Militärpolizei, Gerichte in den Militärstützpunkten/ Bataillones).
  - o Das Gefängniswesen müsste dringend entmilitarisiert und an zivile Führung übergeben werden.
- Der Staat paktiert mit Lenir Pérez, aber die Ermittlungen in den USA gegen ihn haben schon einiges Gewicht, allerdings ist zu befürchten, dass für das FBI der US-Stahlkonzern Nucor wesentlich interessanter sein wird, als Herr Pérez.
  - o Es wäre wichtig, auf tiefgreifende Untersuchungen in den USA zu drängen.
    - Einzelpersonen auf die Engel-Liste oder den Magnitsky Act zu setzen hat keine größeren Auswirkungen.
- Es sollte beobachtet werden, welche Rolle der Flughafen München im Übergabeprozess des Flughafens Palmerola International Airport an einen anderen Eigentümer spielen wird. Da wird es irgendeine Form von Zusammenspiel geben müssen. Die Regierung hat Korruption beim Flughafen öffentlich gemacht, es ist unklar, ob München wirklich nur Beraterin war oder doch, wie in Honduras behauptet, die Rolle einer Teilhaberin spielte.
- Das honduranische Umweltministerium (MiAmbiente) hat den Tagebau im Nationalpark Carlos Escaleras vorübergehend geschlossen, es stimmt aber nicht, dass das Betreiberunternehmen wirklich bankrott ist.

Esly:

- Es konnte nachgewiesen werden, dass ein Mitarbeiter der GIZ mit Facebook-Namen „Saúl Vela Prensa“ eine Verleumdungskampagne gegen die Umweltschützer\*innen von Guapinol koordiniert, dahinter steckt das Unternehmen Inversiones Los Pinares, u.a. geht es bei der Kampagne um einen angeblichen Mord an einem Unternehmensmitarbeiter. Das BMZ müsste dem Vorwurf gegen „Saúl Vela Prensa“ nachgehen.
- Proben haben ergeben, dass der Rio San Pedro Zyanid enthält. Nur in geringen Mengen, aber es müsste unbedingt festgestellt werden, woher das kommt.

Jennifer:

- besorgniserregend, dass der Staat keine konsistente Verteidigungsstrategie vor Internationalen Schiedsgerichten hat. Es muss geklärt werden ob die ZEDE derzeit illegal arbeiten.
- Der geplante Wechsel zu normalen Freihandelszonen hat nicht stattgefunden, denn er wurde mit der Debatte um das Steuergerechtigkeitsgesetz verknüpft und das Thema ZEDE liegt auf Eis solange der Konflikt nicht gelöst ist.
- Norfund (Scatec) hat Honduras wegen der Reform des Energiegesetzes verklagt. Gegen den honduranischen Staat sind insgesamt 13 Klagen vor internationalen Schiedsgerichten angängig. Das ist ein ernstes Problem, das die Regierung unbedingt angehen müsste, wie auch viele andere reale Probleme, stattdessen bekämpft sie Fantasmen

## Länderstation El Salvador

- Vorstellungsrunde
- Aktuelle Situation im Land
  - o Gesetze zur Finanzkontrolle versuchen, die Prozesse der NGOs über exzessive Bürokratie zu „ersticken“

- o Jugend wird als Gefahr und Feind repräsentiert, wenige Chancen für junge Generationen
- o Stärkung der konservativen Gruppen und des traditionellen Familienmodells über Allianzen mit religiösen Organisationen und Bildern der Familie des Präsidenten selbst
- o Erfolg von Hate-Speech in einer sehr fragmentierten, polarisierten und traumatisierten Gesellschaft
- o Die Bevölkerung findet den Ausnahmezustand gut, aber schuldlose Menschen werden verhaftet: man kann nicht rechtfertigen, dass eine Regierung in der gleichen Art und Weise agiert wie die Gangs selbst
- o Es ist nicht wirklich sicherer, Militär und Polizei belästigt die Bevölkerung und besonders Frauen auf der Straße – Straflosigkeit in solchen Fällen
- o Menschen, die im Rahmen des Ausnahmezustands festgenommen und dann freigelassen werden, sind nicht wirklich „frei“, sie stecken noch im Prozess und es besteht noch die Gefahr, dass sie wieder verhaftet werden
- Mögliche Strategien
  - o Es ist nicht einfach, sich in El Salvador zu artikulieren – die Zivilgesellschaft ist sehr fragmentiert und schlecht organisiert.
  - o Man muss Wege finden, um neue Narrative aufzubauen, die die Verbindung der aktuellen Situation und der Geschichte des Krieges klarer verbinden
  - o Internationale Diskurse sind gemischt: Delegation aus El Salvador (Walter Torres aus CRIPDES) findet, dass Brüssel mit dem „Modelo Bukele“ eigentlich zufrieden sei
  - o Die Souveränität der salvadorianischen Bevölkerung, die noch überwiegend für Bukele ist, macht Aktionen der internationalen Gemeinschaft schwierig
  - o Vor der Wahl muss Druck gemacht werden, damit die Wahlergebnisse wegen Verfassungswidrigkeit von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt werden
- Ausblick: Kommende Wahl
  - o Salvadorianer\*innen im Raum sind nicht sicher, ob sie überhaupt an der Wahl teilnehmen sollten, weil sie illegal und verfassungswidrig ist, da Bukele kein legitimer Kandidat sein kann laut Verfassung
  - o Die Umfragen sind nicht komplett aussagekräftig, viele Personen trauen sich nicht, ihre Meinung zu äußern, Selbstzensur

## Länderstation Guatemala

**14:30 – 16:00h**

**PARALELLE FISHBOWLS:**

Handel und Finanzierung - Instrumente europäischer Politik in Zentralamerika?

**FISHBOWL 1**

Palmöl aus Zentralamerika und das EU-Lieferkettengesetz

**Panelist\*innen:**

- Esly Banegas (COPA, Honduras)
- Anna Cavazzini (Grüne MEP)
- Anderson Sandoval (Christliche Initiative Romero e.V.)

### Esly Banegas zur Situation im Bajo Aguán und die Rolle der aktuellen „progressiven“ Regierung

- Situation im Bajo Aguán:
  - Ölpalmenplantagen haben sich ausgebreitet, auch finanziert durch internationale Banken (z.B. Weltbank)
  - Die militärischen Strukturen paktieren mit den Unternehmen mit dem Ziel, campesinos zu ermorden. In den letzten Jahrzehnten wurden ca. 150 Kleinbauern und -bäuerinnen im Aguán ermordet.
  - Palmöl war früher nicht Teil der Ernährung, doch hat sich immer weiter ausgebreitet, was auch mit der Korruption der Institutionen einherging.
  - Die Agrarreform von 1992 wurde nie umgesetzt.
  - Es ist nicht klar, wohin das Palmöl exportiert wird.
- Anfang 2022 wurde zwischen der Regierung COPA und der Plataforma Agraria ein Abkommen vereinbart zur Beilegung des Konflikts im Bajo Aguán. Umgesetzt wurde davon nichts, stattdessen gehen sie Morddrohungen weiter.
  - es wurden verschiedene Kommissionen eingerichtet und die „Juristische Kommission“ hat bereits ein Informe erstellt, dass u.a. irreguläre und illegale Landbesitzverhältnisse bestehen. Informe wurde an Präsidentin Xiomara Castro weitergegeben, eine Antwort ist bisher ausgeblieben.
  - es soll eine „Dreier-Kommission“ eingerichtet werden (comisión tripartita), formiert durch die Präsidentschaft der Republik, Hochkommissariat für Menschenrechte und Vertreter\*innen der Organisationen des Bajo Aguán. Es geht aber nichts voran.
  - Die Comisión de Seguridad Agraria y Acceso a la Tierra wurde ebenfalls von der Präsidentin ins Leben gerufen. Die Signale sind aber unklar, ob sie auch im Interesse von Kleinbauern und -kleinbäuerinnen sind.

### Anderson Sandoval über das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG)

- um das Gesetz anwenden zu können, müssen Lieferketten bekannt sein, leider ist es aber nicht immer einfach, die Lieferketten nachzuvollziehen.
- laut LkSG müssen große Unternehmen (im Moment mit mind. 3.000 Angestellten, ab 2024 mind. 1.000 Angestellte) eine Liste mit Fragen zu potenziellen Risiken im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen beantworten und müssen dementsprechend Abhilfe schaffen
- Mögliche Risiken, die mit Blick auf die Umwelt bestehen, können Wasserquellen, Luft oder Böden umfassen.
- Eines der Probleme des LkSG ist, dass es unmittelbare Geschäftspartner betrifft, bei mittelbaren Geschäftspartnern sind die Sorgfaltspflichten abgemildert. Z.B. kann eine unmittelbare Geschäftsbeziehung mit dem Hafen Rotterdam, mit den exportierenden Palmölunternehmen lediglich eine mittelbare.
- Allerdings kann das LkSG auch bei mittelbaren Geschäftspartnern greifen, wenn Menschenrechtsverletzungen nachweisbar sind (daher kommt der Zivilgesellschaft hier & dort eine zentrale Rolle zu, die die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren)

### Anna Cavazzini über das EU-Lieferkettengesetz

- Das deutsche LkSG war ein Faktor, warum es möglich wurde, ein Gesetz auch auf EU-Ebene voranzubringen. Frankreich und Deutschland sind Vorreiter in der nationalen Gesetzgebung, gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, auf EU-Ebene das Gesetz nachzuschärfen.

- Sieht positive Entwicklungen:
  - es soll die gesamte Lieferkette umfassen.
  - Haftungsregeln sollen verschärft werden und Opfer klagen können.
  - Breitere Auslegung von Umweltverletzungen.
- Sieht auch Probleme:
  - Parlament ist progressiver als Rat, gleichzeitig hat der Rat die Möglichkeit, das Parlament unter Druck zu setzen und das Gesetz abzuschwächen.
  - Zeitlicher Druck: Das Gesetz sollte bis Februar 2024 verabschiedet werden, weil danach EU-Wahlen anstehen. Ist es nicht möglich, das Gesetz bis dahin zu verabschieden, ist es unklar, wie es mit der Initiative weitergehen wird.
  - Es gibt Forschungen, die zeigen, dass die Beschäftigung mit der eigenen Lieferkette zu mehr Resilienz des Unternehmens führt.

*Frage 1: Welche Möglichkeiten haben Betroffene?*

#### Anderson Sandoval

- die Möglichkeiten sind eingeschränkt. Das LkSG enthält aber eine Klausel, die die Möglichkeit Strafzahlungen bzw. Wiedergutmachung angesprochen wird. Strafzahlungen können bis zu 2 % des Jahresumsatzes umfassen.
- Das Gesetz ist erst seit diesem Jahr in Kraft und die Implementierung dauert. Es werden aber Gespräche geführt mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bafa über die Anwendung des Gesetzes.
- Nach dem ersten Jahr müssen die Unternehmen ihre Berichte abgeben, das wird das erste Mal demnächst erfolgen.
- es ist schwer Betroffene zu finden, die eine Beschwerde einreichen, weil es für die selber ein Sicherheitsrisiko bedeuten kann.

#### Anna Cavazzini

- Das EU-Parlament hat versucht, die Perspektive der Betroffenen einzubeziehen.
- Aber man muss auch versuchen, ungewollte Nebenwirkungen zu minimieren. Z.B. sollten gesetzlichen Auflagen nicht dazu führen, dass Kleinbauern ihren Lebensunterhalt verlieren, weil die Produktionsstätten verlagert werden.
- Auch gibt es Regierungen des Globalen Südens, die gegen das Gesetz sind. Indonesien z.B. bezeichnet es als grünen Kolonialismus.
- Das bedeutet auch, dass zwischen Regierungen und Betroffenen unterschieden werden muss, da sie nicht unbedingt die gleichen Interessen verfolgen.

*Frage 2: Was ist notwendig, damit ein Lieferkettengesetz die Rechte von Betroffenen in Honduras stärkt?*

#### Esly Banegas

- hat wenig Hoffnung, die Umsetzung eines Lieferkettengesetzes, das Betroffenen im Bajo Aguán wirklich nützt, ist schwer vorstellbar. Die Menschen dort sind mehrfache Opfer der Situation.
- Alles bleibt reiner Diskurs. Ihr Sohn wurde ermordet, aber sie hat nie eine Antwort darauf bekommen, wer dafür verantwortlich ist. Sie hat nie eine Antwort darauf bekommen, ob der Mord im Zusammenhang mit ihrer Arbeit steht.
- Sie sollen recherchieren, wohin das Palmöl exportiert wird (ist aber eine Frage der Kapazitäten).
- Es gibt juristische Mittel, zu denen sie Zugang haben (z.B. Corte IDH). Allerdings sind die Erfahrungen nicht gut: Honduras wurde schon mehrmals verurteilt (z.B. im Falle von Triunfo de la Cruz, wo vier Aktivisten entführt wurden, obwohl es ein Urteil der Corte IDH gab).
- Die Fabrik vom Palmölunternehmen Dinant verpestet die Luft und verschmutzt das Wasser, ohne jegliche Konsequenzen.

- Sie hat wenig Hoffnung, dass sich etwas für die Betroffenen im Bajo Aguán verändert.

#### Anderson Sandoval

- Problem, dass Deutschland nicht von anderen lernt, wie Frankreich, wo bereits länger ein Gesetz existiert und es schon Erfahrung in der Umsetzung gibt.
- ein weiteres Problem ist, dass das LkSG Beweislastumkehr beinhaltet. Also Opfer müssen die Beweise für die begangenen Verletzungen liefern. Außerdem müssen viele Beweise erbracht werden, um ernst genommen zu werden.
- SOMO als Beispiel für eine NGO, die Lieferketten analysiert.

#### Anna Cavazzini

- Ein wichtiges Element dafür, dass ein EU-Lieferkettengesetz am Ende gut funktioniert, ist die Reform der Zollpolitik. Hier ist ein wichtiger Hebel, wo Transparenz geschaffen werden könnte, wenn Importe und Exporte nachvollzogen werden können.
- Gleichzeitig kann das Gesetz nicht tiefliegende Strukturen verändern, das extraktivistische Modell bleibt unangetastet.
- Das Gesetz wird einen Effekt haben, weil es Unternehmen unter Druck setzt, damit sie ihre Risiken in der Lieferkette minimieren. Das kann dann zumindest ein Baustein sein, um die Situation wie im Bajo Aguán zu verbessern.

#### Esly Benegas

- Forderungen:
  - Es muss verhindert werden, dass Dinant Mitglied bei RSPO wird.
  - die honduranische Regierung muss adressiert und sie aufgefordert werde, dass sie den Schutz der gefährdeten Personen erhöht. Es gibt eine Reihe von Ansätzen, die aber bisher nicht umgesetzt wurden.

#### Diskussionsbeiträge

- Es gibt eine Verantwortung des Globalen Nordens, weil er Wirtschaft und Lebensstil auf den Globalen Süden ausgeweitet hat.
- Wenn es um Lösungen geht, z.B. gegen den Klimawandel, sind es bisher indigene Gemeinschaften, die darauf tragfähige Antworten haben.
- Problem der Anwendung des LkSG: wer kennt es außerhalb Deutschlands überhaupt?
- Gesetze funktionieren generell nicht. Es gibt viele gut Gesetze, die aber nicht angewendet werden. Zum Beispiel gibt es Siegel, wie Fairtrade, aber auch das kann Kinderarbeit nicht wirklich verhindern.
- In Zentralamerika werden Ölpalmenplantagen auch genutzt, um dort Kokain umzuschlagen. Hier kann das Lieferkettengesetz nicht aktiviert werden, weil es sich um ein illegales Produkt handelt, das unter ganz andere Richtlinien fällt.

#### Antworten Anna Cavazzini

- das EU-Lieferkettengesetz ist nicht das einzige, welches diskutiert wird. Im Rahmen des Green Deal wurden 150 fortschrittliche Gesetze erlassen.
- Andererseits gibt es Initiativen Recycling und Kreislaufwirtschaft zu fördern.

#### Antworten Anderson Sandoval

- Das LkSG ist nicht genug! Aber daneben gibt es noch viele andere Diskussion, wie Diskussionen zu Wachstumskritik.
- Zertifizierungen: Kein Siegel kann sicherstellen, dass tatsächlich alles ohne Mr-Verletzungen abläuft.
- Zwar ändert Gesetz nicht die Strukturen, kann aber dem Handeln von Unternehmen Regeln auferlegen.
- Es kann sich lohnen, bei der Bafa Eingaben zu machen. Große Unternehmen müssen eine Risikoanalyse durchführen und Abhilfe schaffen, wenn sie in ihrer Lieferkette Gefahren

identifizieren. Hier können Informationen zu Menschenrechtsverletzungen, die der Bafa zur Verfügung gestellt werden, ein wichtiger Baustein sein.

## FISHBOWL 2

### Finanzierung als Menschenrechte und Demokratieförderung?

#### Panelist\*innen:

- Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, El Salvador)
- Amaru Ruiz (Fundación del Rio, Nicaragua),
- Debbie Düring (Grüne MdB, dt-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe)
- Dr. Ursula Fuentes-Hutfilter (Referatsleiterin AA, Klimaschutz in Entwicklungsbanken)

#### Zentrale Probleme:

- Unzulänglicher Beschwerdemechanismus des Green Climate Fund
- fehlende wirksame Mitsprache der betroffenen Zivilbevölkerung
- Landrechte
- Kriminalisierung von Aktivist\*innen
- Mängel in den Strukturen der Projektplanung und problematische Kooperationspartner projektführender internationaler Institutionen

#### Projekt Bioklima im Bosawas Biosphären-Reservat und dem Departamento Rio San Juan in Nicaragua

- Projekt des Green Climate Funds (GCF)
- Projektgenehmigung 2020 (1 Jahr nach Antragstellung)
- Ziel:
  - entwaldete Zonen renaturieren und Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft und Waldbewirtschaftung fördern
  - Unterstützung Entwicklung starker lokaler Kapazitäten für die territoriale Governance und die Rechtsdurchsetzung

- Momentan: Pausiert, wegen Beschwerden von betroffenen Gemeinschaften und lokalen NGOs (Frist von 120 Tagen)

#### Amaru Ruiz

- Hauptproblem:
  - o Einbindung des Ortega-Murillo-Regimes (z.T. involviert in Projektprozesse, wie bei der Berichterstattung von Beschwerden)
  - o Legitimation eines Regimes, das bereits bewiesen habe, nicht vertrauenswürdig zu sein
  - o Auch der Genehmigungs- und Ausarbeitungsprozess des Projektes weise große Mängel auf, vor allem mit Blick auf eine effektive und aktive Beteiligung der betroffenen Zivilbevölkerung
    - Zuerst hat der GCF das Projekt Bioklima der Weltbank und dem Fondo Colaborativo del Carbón präsentiert.
    - Erst danach begann die Advocacy-Arbeit in Nicaragua selbst

#### Ingrid Hausinger

- Indigene Gemeinschaften sollten als erstes befragt werden, um so eine gemeinsame Ausarbeitung von Projekten in den jeweiligen Territorien zu ermöglichen

#### Beitrag aus dem Publikum

- Eigene berufliche Erfahrung vor Ort in solchen Projekten: Es gibt viele Fälle, in denen Vorbefragungen trotz existierender Vorschrift entweder gar nicht durchgeführt werden oder aber durch Mechanismen, die von den jeweiligen Gemeinschaften nicht akzeptiert werden.

#### Ursula Fuentes-Hutfilter

- GFC-Beschwerdemechanismus „Independent Redress Mechanism“ (IRM) ist kein Garant für eine wirkliche Beteiligung der Zivilbevölkerung
  - o Zivilgesellschaft wird oft zu spät gehört, manchmal sogar erst Minuten vorher oder nach dem Beschluss eines Projekts.
- Vorstand schaut „mit großer Besorgnis“ auf das Projekt, eigentlich sei Abbruch des Projektes gewünscht, da die menschenrechtlichen Folgen nicht hinnehmbar seien
  - o Erneute Prüfung innerhalb der 120-Tage Frist

#### Amaru Ruiz

- Frist ist auch problematisch:
  - o Kriminalität in den Gebieten ist seitdem mehr angestiegen, kriminelle Banden seien gekommen und hätten die guardabosques festgenommen, quasi um die nicht gemachte Arbeit der vergangenen 4 Jahre jetzt innerhalb von 120 Tagen umzusetzen.

#### Ursula Fuentes-Hutfilter

- Problem ist dem Vorstand bekannt; Wie soll Klimaschutz in Ländern mit ähnlichen Problemen gemacht werden?

#### Debbie Dühring

- Betonung der Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften, vor allem in Ländern mit autoritativen Regimen und Fällen von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Bioklima in Nicaragua
- Aufgabe für deutsche Politik:
  - o Strukturen in der Projektplanung ändern, vor allem, wenn Landrechte nicht geklärt sind und Beschwerdemechanismen bewiesenermaßen nur unzulänglich funktionieren
  - o Zudem müsse die Bundesregierung Fälle von Scheinprozessen gegen indigene Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen beobachten.

**16:30-18:00****Gemeinsame Fishbowl-Diskussion: Für eine menschenrechtszentrierte, feministische EZ-Politik für eine demokratische Entwicklung Zentralamerikas**Einführung durch die Moderation:

- Update zu Zuschauer\*innen im Livestream vom Auftaktpanel: 100 auf dem deutschen Kanal, 80 auf dem spanischen
- Zentrale Frage: Wie ist eine menschenrechtszentrierte, feministisch Politik der Zusammenarbeit für eine demokratische Entwicklung Zentralamerikas überhaupt möglich?
- Eigentlich sollte ein\*e Vertreter\*in des BMZ noch dabei sein, leider ist das BMZ in dem Lateinamerika-Bereich so unterbesetzt, dass sie sich entschuldigt haben, keine Kapazitäten
- Fragen: Möglichkeiten, Verteidiger\*innen von Demokratie und Menschenrechte in Zentralamerika zu unterstützen, welche Voraussetzungen braucht Wirtschaftsförderung (sofern unbedingt notwendig), was hat das Lieferkettengesetz für eine Aufgabe, wie kann die ILO 169 eingesetzt werden, wo liegen die Grenzen der staatlichen Zusammenarbeit mit Diktaturen?
  - o Spannend der Satz, der im Laufe der Tagung gefallen ist: „Wir wollen der Diktatur Ortigas nicht noch Sauerstoff geben mit der Finanzierung“ im Kontext von Bio-Klima-Finanzierung
  - o Wie können wir den Diktaturen den Sauerstoff entziehen und trotzdem die Zivilgesellschaften unterstützen und sie politisch begleiten?

Panelist\*innen:

- Marta Lorena Araújo
  - o Asociación para el Desarrollo de El Salvador – CRIPDES
  - o Sozialarbeiterin und Erzieherin
  - o Seit 39 Jahren Menschenrechtsverteidigerin
- Jennifer Ávila
  - o Contracorriente, Honduras
  - o Investigative Journalistin mit großen Kenntnissen über das Land und die Region
- Tilly Metz  *digital zugeschaltet*
  - o Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Mittelamerika
  - o Grüne Fraktion im Europäischen Parlament
  - o Abgeordnete von Luxemburg, Vorstand der grünen Partei in Luxemburg
- Moderation: Julia Scherf
  - o Leiterin des Referats Lateinamerika, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Format:

- Fishbowl-Diskussion, TN aus dem Publikum dürfen sich auf freie Plätze setzen und Fragen stellen

## 1. Frage an Marta Lorena Araújo

*Aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Arbeit: In welcher Form habt Ihr die internationale Gemeinschaft als unterstützend, aber auch als nicht unterstützend erlebt? Gibt es Beispiele, wo Ihr erwartet hattet, internationale Unterstützung zu bekommen, wo es geklappt hat, dann nicht geklappt hat? Wie gestaltet sich Eure Arbeit überhaupt im jetzigen El Salvador mit den Verlängerungen des Ausnahmezustands durch den Präsidenten Bukele?*

### Antwort Marta Lorena Araújo

- In den letzten Jahren hat meine Organisation Unterstützung erhalten, auch aus Deutschland, das war eine große Hilfe, weil es möglich gemacht hat, Netzwerke aufzubauen
  - Innerhalb von Mittelamerika, um das Land zu verteidigen, gegen den Bergbau vorzugehen
    - Schließung von Cerro Blanco in Guatemala
    - El Salvador: Gesetz gegen den Bergbau, das aber in Gefahr ist, die Regierung Bukeles könnte diesem Gesetz ein Ende setzen
    - Honduras: Verteidigung des Landes und der Landrechte, solidarische Zusammenarbeit mit den Frauen, Verteidigung der Menschenrechte der Frauen
- Es gibt Grenzen in der Arbeit, die sozialen Bewegungen sind heute in Gefahr, weil die Regierung nicht bereit ist, dass die Menschenrechte respektiert werden
- Trotzdem gibt es einen täglichen Kampf in El Salvador, aber die Lage ist sehr schwierig, unter diesem Regime seit mehr als 15 Monaten
  - Das Regime wurde gebildet, um gegen die Bandenriminalität zu kämpfen
  - Aber gleichzeitig sind die Oppositionellen in Gefahr, die Menschen, die wie wir die Menschenrechte verteidigen
  - Die Jugend ist in Gefahr, wenn man heutzutage ein junger Mensch in El Salvador ist, ist man bedroht. Deswegen gibt es einen großen Migrationsfluss von jungen Menschen, die das Land verlassen. Diese sind absolut unschuldig, aber könnten ins Gefängnis gehen.
    - Die Regierung Bukeles hat Mega-Gefängnisse gebaut, der Anbau von den Bauern wurde vernichtet, zerstört, die Orte an denen wir leben wurden zerstört
    - Alle Menschenrechtsverteidigerinnen sind in Gefahr, im Gefängnis zu landen, wenn sie Oppositionelle sind
  - Es ist schwer, das zu verstehen, wenn man nicht in diesem Kontext lebt. Manche glauben, dass Bukele der beste Präsident ist, viele lieben ihn, er kennt sich aus mit den sozialen Netzwerken und präsentiert sich als junger, dynamischer Mann, der El Salvador dient.
    - Wie nach wenigen Monaten gemerkt wurde, entsprach das aber nicht der Realität.
    - Er ist beliebt und populär, aber wir erleben heute jeden Tag, dass es ein Regime ist, das ganz schnell die Menschenrechte abbaut □ die Judikative, Legislative werden nicht respektiert
    - Das Militär wird verwendet, um die Bevölkerung zu unterdrücken, die Gemeinschaften sind in Gefahr, weil angeblich gegen die Bandenriminalität gekämpft wird

### 1.1 Nachfrage an Marta Lorena Araújo

*Was können internationale Akteure im Augenblick für die Unterstützung für eine bessere Situation tun? Es gibt internationale Erstaunen darüber, dass die Zustimmungswerte für Bukele so hoch sind, was können wir tun? Gibt es internationale Akteure, die Eure Arbeit von CRIPDES auch unterstützen, von denen wir vielleicht etwas lernen können?*

Antwort Marta Lorena Araújo

- Internationale Gemeinschaft soll aufmerksam bleiben und beobachten, was zurzeit geschieht
  - die Demokratie wird abgebaut
  - Die Beteiligung des Volkes wird unterdrückt. Die Umfragen sind sehr positiv, aber die letzte Umfrage zeigt, dass 58% der Menschen für ihn sind. Die Bevölkerung reagiert langsam, die Popularität Bukeles sinkt langsam.
- Was ist hier die Herausforderung für die Menschen in El Salvador und für die internationale Gemeinschaft?
  - Wir müssen aufmerksam bleiben und die Lage beobachten
  - Das Regime erlaubt keine Kritik, die Medien sind gleichgeschaltet worden im Land, kommunikative Arbeit muss durchgeführt werden, um zu verbreiten, was aktuell in El Salvador passiert, viele Journalist\*innen mussten das Land verlassen
  - Die finanziellen Ressourcen, die an das Regime gehen, müssen beobachtet und kontrolliert werden □ es gibt keine Transparenz mehr, wir wissen nicht, wie viele Ressourcen ankommen und wo sie hingehen
    - Kritik und Kontrolle ist zentral
  - Nicht mal die Delegation, die im März unser Land besuchen sollte, durfte einreisen aus „Sicherheitsbedenken“
  - Viele kennen diese Umstände nicht, viele glauben das, was sie im Internet sehen: der Präsident geht zur UN und macht ein Selfie, er spricht auf Englisch, damit es andere Interpretationen geben kann, und er kommt zurück in das Land und macht deutlich: ich brauche niemand anderen mehr, ich bin der Herrscher hier
  - Nationale und internationale Menschenrechtsbeobachter sollten diesen Prozess begleiten, auch in der Region

2. Frage an Jennifer Ávila

*Die Frage der nicht gegebenen Transparenz ist immer wieder aufgetaucht. Sie ist nicht vorhanden, dabei wäre sie so wichtig für internationale Finanzierungen. Jennifer, Du bist in einem Land, in dem Korruption ein großes Problem ist, unabhängige Investigativjournalistin, Du hast dazu auch Beiträge geschrieben und arbeitest zu diesem Thema. Was erwartet Ihr, was braucht Ihr für Eure Arbeit für Meinungsfreiheit gegen Korruption und für offene, demokratische Partizipation der Bevölkerung von der deutschen oder europäischen Zusammenarbeit, was sind Eure Forderungen oder Ideen in der jetzigen Zeit?*

Antwort Jennifer Ávila

- Ich bin Teil der Medien, die Medien sind unter Druck aufgrund dieser populistischen Welle mit Bukele und den ganzen, die auch wie Bukele werden möchten (Donald Trump, Bolsonaro, Argentinien jetzt mit Milei), und das gilt jenseits jeder Ideologie
- Es ist sehr wichtig, dass wir die internationale Zusammenarbeit nutzen, um gegen die Korruption zu kämpfen und zwar in Bezug auf den Kampf gegen diese populistische Narrative
  - Beide Kämpfe sind miteinander verbunden
  - Wenn man gegen die Korruption kämpft, muss es auch eine unabhängige Presse im Land geben □ unabhängige internationale Kommission können nicht allein arbeiten, zuerst müssen die Institutionen gestärkt werden, es muss in den Institutionen aufgeräumt werden und sie müssen professionell werden und Fähigkeiten erweitert werden
- Dafür auch zentral: die unabhängige Presse muss verteidigt und unterstützt werden
  - Recherchen über die Korruption
  - Das sind die Recherchen, die am Ende vor den internationalen Gerichtshöfen landen (oft passiert es leider nicht)
  - Aber so lange es solche Mechanismen gibt, bleibt die Hoffnung, dass man vielleicht dagegen kämpfen kann

- o Aber: der investigative Journalismus ist ein schlechteres Geschäft, es ist sehr schwer, in Journalismus zu investieren, nicht nur für Multimillionäre, sondern auch für die internationale Zusammenarbeit
  - Die Journalisten sind unbequem für die Macht, sie sagen, was nicht gut läuft
- o Andererseits: wenn diese Unterstützung, die Anti-Korruptionsmechanismen, helfen sollen, dann braucht es genau diese Hilfe für unabhängige Journalisten, um zu recherchieren: was passiert in Bezug auf Korruption und kriminelle Netzwerke
- o Risiken für Journalisten: alle lieben den Job, aber möchten nicht deswegen sterben oder im Exil leben (Vertreibung von Diktatoren, Drohung, dass man ermordet wird oder ins Gefängnis gehen würde, Staatsbürgerschaft wird aberkannt), sie möchten nicht zum Opfer werden, das ist nicht das Ziel
- o Unabhängige Arbeit ist zwar mutig, aber auch sehr teuer: Schutzmaßnahmen, Anwälte, alles muss bezahlt werden, das hat dann nichts Heroisches mehr, ist ein schlechtes Geschäft
  - Warum machen sie dann weiter? Weil sie das Gefühl haben, dass diese Arbeit notwendig ist, um Demokratie aufzubauen
  - Beispiel Guatemala und Erfolge der CICIG: Menschen dort wollen doch Demokratie □ es ist wichtig, gegen populistische Narrative zu kämpfen
  - Journalisten kämpfen in diesem Sinne auch einen Kulturkampf
    - o Dieser Kampf ist ungleich, nicht die gleichen Ressourcen wie Bukele zum Beispiel (Follower, Influencer, Bots), in Honduras haben sie sog. „Digitale Truppen“; in Nicaragua gibt es Fake Accounts etc., um die Medien zu überwachen
- o Die Demokratie kann nicht allein gerettet werden, Diktaturen haben nicht nur die Konzentration von Macht und das Militär, sie kooptieren auch die Öffentlichkeit, der öffentlichen Diskussionen und der Medien, das ist der Kampf gegen diese Narrative
  - es braucht dafür eine Stärkung der Justiz, unabhängiger Journalismus, Stärkung der Zivilgesellschaft, alles hängt auch zusammen
  - dafür braucht es Finanzierung

### 3. Frage an Tilly Metz

*Die Zivilgesellschaft in Zentralamerika ist enorm unter Druck, ob das wie in El Salvador wegen des fast auch zum Diktator werdenden Bukele ist oder in Honduras wegen des Kampfes gegen die Korruption und die populistischen Kampagnen Du warst mehrmals schon in der Region und hast Dir selbst auch einen Eindruck verschaffen können von der dortigen Situation, hast auch viel mit zivilgesellschaftlichen Gruppen gesprochen, was wir wunderbar finden, dass europäische Parlamentarier\*innen das tun. Wie siehst Du die Möglichkeiten der Europäischen Union in Zentralamerika für die Zivilgesellschaft, für die Verteidiger\*innen der Demokratie und der Menschenrechte etwas zu unternehmen und zu tun? Was sind Deine Erfahrungen, was hat Erfolg und was hat keinen Erfolg?*

### Antwort Tilly Metz

- Zentralamerika sollte zunächst auf der Agenda bleiben □ nächste Woche z.B. Resolution über Guatemala in Straßburg
- Es gibt bestimmte Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern von Zentralamerika, es gibt aber auch große Unterschiede, besonders auch zwischen Honduras und El Salvador
  - o Eigentlich ein Lichtblick in Honduras mit Xiomara Castro, eine Kandidatin, die eher von der linken Seite kommt, aber natürlich nicht alles von heute auf morgen sofort verändern kann in einem sehr korrupten System, es gibt aber sehr hohe Erwartungen, gleichzeitig auch Angst, dass die Bevölkerung in der Zwischenzeit ungeduldig wird
  - o El Salvador Bukele: extremer Profi der Kommunikation und Inszenierung
- Wie kann Unterstützung gewährleistet werden?
  - o Plan, der Grünen Fraktion zwei Menschen aus Nicaragua für den Sacharow-Preis (Preis für Menschenrechte) vorzuschlagen

- Schutz der Leute dadurch und Einräumen von Handlungsspielräumen
  - auch ein starkes Zeichen, wenn Europa Klima-Verteidigern und/oder Menschenrechtsverteidigern diese Preise gibt
- o Resolutionen auf der Ebene des Europäischen Parlaments, die Sanktionen gegenüber gezielten Personen beinhalten, eher skeptisch gegenüber generellen Sanktionen/Boykotten gegenüber ganzen Ländern □ Risiko ist hoch, dass das der ganzen Bevölkerung schadet
- o Kritikern der Regime muss ein sicherer Raum zum Treffen zu geschaffen werden, zum Beispiel in den EU-Delegationen, die in den Ländern sind, damit die Opposition intern aufgebaut werden kann □ konkrete Unterstützung der Zivilgesellschaft
  - o z.B. auch als Beispiel in Guatemala vor den Wahlen: Was könnte man tun, um die indigenen Gemeinschaften in ihrer Zusammenarbeit zu unterstützen, um z.B. auf einen gemeinsamen Kandidaten oder eine Kandidatin nominieren zu können?
- o besonderer Schutz der Journalisten ist zentral
  - o finanzielle Unterstützung
  - o aber auch konkret: Schutz bei Gerichtsverfahren, wenn sie um Pressefreiheit kämpfen
- Pflicht der EU, den Frieden zu unterstützen überall auf der Welt, Kooperationen auch außerhalb der EU, nicht nur der Handel darf in den Mittelpunkt gestellt werden, es muss um Kooperationen gehen und auf beiden Seiten müssen Menschenrechte, Pressefreiheit eingehalten werden
  - o Historisch bedingte Einstellung von Europa: Handel steht oft im Mittelpunkt von den Verhandlungen von europäischen Ländern, auf eine gewisse Art sogar eine Verlängerung des Kolonialismus, neokolonialistische Weise in Bezug auf Zentralamerika
    - Paradigmenwechsel muss erfolgen
- Viel wird gesprochen auf EU-Ebene vom Global Gateway
  - o Ökologische digitale Transition in Lateinamerika soll unterstützt werden
  - o Aber es muss ein kohärentes Verhalten von europäischer Seite geben, auch unsere Betriebe müssen sich an Grundregeln halten und Menschenrechte respektieren

#### 4. Frage an Tilly Metz

*Wie spiegelt sich Deine Idee, wertebasierte und menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Lateinamerika zu machen in der europäischen Politik, z.B. dem gerade stattgefundenen EU-CELAC Gipfeltreffen wider? Findet sie Anklang, gibt es in dem Abschlussdokument eine für Dich sichtbare Änderung der bisherigen auf wirtschaftliche Zusammenarbeit fokussierte Zusammenarbeit, ein Anzeichen für Paradigmenwechsel?*

#### Antwort Tilly Metz

- Parlament ist beim CELAC-Gipfel nicht eingeladen, Parlamentarier haben parallele Veranstaltungen organisiert, aber waren nicht direkt dabei, das ist eine Sache zwischen den Präsidenten der lateinamerikanischen Staaten und der Kommission
- Es ist ein Bewusstsein da, um Menschenrechte und Klima zu respektieren □ Due Diligence Direktive, auch außerhalb der EU, wenn es um Handel geht
  - o aber wenn wir das wirklich ernst nehmen, müssten wir eigentlich alle Handelsabkommen ändern, wirklich einen kompletten Paradigmenwechsel
  - o im Fokus gerade wirklich eher der Global Gateway
    - Idee ist gut, aber man muss dafür sorgen, dass es Mittel zur Kontrolle gibt und auch in den Ländern die Menschenrechte und die Umwelt auch tatsächlich respektiert werden (mit unseren Mitteln)

- Risiko von Green Washing ist sehr groß
  - Wir sind an einem Wendepunkt, was unsere Beziehungen zu Lateinamerika angeht, aber wir sind auch an einem Punkt, an dem die richtigen Akzente gesetzt werden müssen
- Es muss immer daran erinnert werden, dass die *green and digital transition* eben auch fair sein muss, muss mit Bedingungen an den Handel generell geknüpft werden

#### 5. Frage an Marta Lorena Araújo

*Habt Ihr in El Salvador überhaupt etwas von dem EU-CELAC Gipfel mitbekommen? War das Thema in El Salvador?*

#### Antwort Marta Lorena Araújo

- Davon hat man sehr wenig gehört, das gehört zu diesen Dingen, die dann einfach untergehen

#### 5.1 Frage an Marta Lorena Araújo

*Was aber ein großes Thema in El Salvador ist, ist die große Präsenz und die große Kraft der amerikanischen internationalen Rolle in dem Land, die hier auf der Tagung noch nicht aufgetaucht ist. Wie deutlich nimmt auch eine Organisation, die auf der kommunalen Ebene arbeitet, diesen Einfluss von diesem Land und auch seiner Botschaft war?*

#### Antwort Marta Lorena Araújo

- die Verteidiger der Menschenrechte spielen eine konstante Rolle, jede Minute arbeiten sie an der Verteidigung des Landes, des Wassers, des Bodens, der Erde und allem, was heutzutage bedroht wird
  - Kampf ist heftig, aber geht schon eine lange Zeit, es geht auch um den Kampf für die Demokratie und darum die Situation, sich nicht verschlechtern zu lassen
- Situation kurz vor den Wahlen:
  - Wahlen, bei denen jetzt derselbe Präsident sagt „er wird wieder gewählt werden“ und eine Änderung der Verfassung zu seinen Gunsten anstrebt □ weil er weiß, dass dies eigentlich schon eine Verletzung der Verfassung ist, wieder Präsident werden zu wollen
- Historisches Gedächtnis des Landes ist ebenfalls zentral, das Wissen muss auch mit den Jugendlichen geteilt werden
  - Wir müssen allen mitteilen, dass Menschenrechte und alle Dinge Sachen sind, die jetzt im Rückgang sind, aber die es sich zu verteidigen lohnt
  - Nur weil jemand jung ist, kann die Person nicht einfach kommen und alles, was bisher erobert wurde, über den Haufen werfen
    - Das erfordert Mittel: Journalismus, Recherchen, Arbeiten in Gemeinschaften
    - Erfordert alles Geld und Mittel
  - Rolle der Anwälte: Selbst sie haben ein schweres Leben in El Salvador, weil Menschen, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, dürfen eigentlich gar keinen Anwalt nehmen
- Große Schwierigkeiten: es gibt schon Fälle von Personen, die ins Krankenhaus gegangen sind und tot wieder rausgekommen sind
  - Informationen, die man nicht verbreiten darf

- Wir müssen sehen, es gibt ja noch weitere Gipfel und weitere Erklärungen
  - o Die Erklärungen der UNO oder anderen Organisationen dienen uns als Werkzeuge für den Kampf, aber man muss das auch weiterführen

#### 6. Frage einer teilnehmenden Person an Marta Lorena Araújo

*Was ist Deine Meinung bezüglich des Kommentars einen salvadorianischen Journalisten? Er hat eine Analyse durchgeführt und hat geschrieben: Wenn Bukele weniger populär wird, wird er umso gewalttätiger und gefährlicher werden.*

#### 7. Frage einer teilnehmenden Person an Tilly Metz

*Ich teile ihren Optimismus nicht, bezüglich der Möglichkeit, dass die EU mit ihren jeweiligen Delegationen die bedrohten Menschen hilft. In Nicaragua wurde die verantwortliche Person der Europäischen Union Persona non grata und wurde aus dem Land vertrieben. Für Zentralamerika ist es sehr wichtig, dass in Nicaragua keine freie gedruckte Presse mehr existiert, es gibt keinen unabhängigen Journalismus mehr in Nicaragua. Sie wissen, dass in Guatemala ein Journalist verhaftet wurde von der Zeitung El Periódico. Sie werden schon davon gehört haben, dass die Zeitung El Faro nach Costa Rica auswandern musste. Deswegen finde ich es schwer zu verstehen, was ich gehört habe. Sie haben das erklärt, wie Sie die Dinge sehen, aber wir sitzen hier nicht im Europäischen Parlament, sondern mit Menschen, die die Lage Zentralamerikas kennen und lange im Kampf für die Menschenrechte gearbeitet haben. Wenn ich ganz ehrlich bin, habe ich keine Worte, um zu beschreiben, was ich heute gehört habe. Oder vielleicht habe ich Sie nicht richtig verstanden, dann entschuldige ich mich.*

#### Antwort Marta Lorena Araújo

- Ja, wenn Bukele an Popularität verliert, dann wird der Missbrauch umso größer.
  - o     Er hat Hass und Repression gesät, es ist, als wäre er der Alleinherrscher.
  - o     Wenn seine Beliebtheit sinkt, dann wird er umso bedrohlicher werden.
  - o     Wir können nicht so mit ihm umgehen, dass wir ihm empfehlen, was wir meinen und was nicht, er versteht so etwas nicht, es gibt einen Abbau der Demokratie in jeder Hinsicht
    - Abbau Sozialprogramme, Einschränkung der Möglichkeiten, Themen anzubieten

#### Antwort von Tilly Metz

- Was tun wir auf europäischer Ebene?
  - o In Guatemala gab es z.B. eine Observer Mission bei den Wahlen, die NGOs und Menschenrechtsverteidiger haben auch darum gebeten, mit der Begründung: generell und sobald Wahlen sind, brauchen wir diesen Blick von außen, um sicherzustellen, dass alles mit rechten Dingen zugeht
  - o Sanktionen gibt es auch auf europäischer Ebene: alle finanziellen Mittel und Visa, Assets in Europa werden eingefroren □ finanzielle Sanktionen, Reisesanktionen gegenüber den Menschen, die Menschenrechtsverteidiger attackieren
  - o Unterstützung anderer NGOs und der Zivilgesellschaft, in dem wir ihnen Schutzräume geben, und ganz konkret versuchen zu schützen
  - o Wenn das Leben wirklich in Gefahr ist, wird versucht, Visa zu geben, um in andere Länder und Europa reisen zu können
  - o da, wo die Beziehungen besser sind, wird über Joined Parliamentary Committes auch versucht, mit den Autoritäten zusammenzuarbeiten (das geht bei Nicaragua zum Beispiel ganz schwierig)

- o in Nicaragua wird ein neuer EU-Botschafter jetzt kommen, regelmäßiger Kontakt in die Länder
  - Sacharow-Preis: Schutzstatus, gibt den Leuten eine ganz andere Möglichkeiten, in ihrem Land zu handeln

#### 8. Kommentar einer teilnehmenden Person

*Es gibt einen Raum, der hier auch schon erwähnt wurde, CELAC, es ist klar, dass die zentralamerikanische Zivilgesellschaft davon noch nicht gehört hat, dieser Raum ist auch in Europa noch nicht wirklich bekannt. Es ist ein Raum unter Regierungen und eine Art Reaktion der Europäischen Union angesichts der Macht Chinas in dieser Region, auch in Hinblick auf unser eigenes Interesse. Es handelt sich um einen Raum, der so konzipiert ist, damit sich die Regierungen treffen können, der private Sektor kann auch teilnehmen, Unternehmen und Regierungen können miteinander sprechen, aber es gibt zu wenig Raum für die Zivilgesellschaft. Frau Metz hat über Global Gateway gesprochen, damit wir eine grüne, digitale Transformation haben, mit Finanzierung für Lateinamerika, für Biodiversität, erneuerbare Energien, grüner Wasserstoff... das klingt alles sehr gut, aber gleichzeitig ist es ein bisschen gefährlich. Wir als Zivilgesellschaft in Europa und in Mittelamerika müssen aufmerksam bleiben, wir müssen dieses Instrument beobachten. Ich bin skeptisch, ich bin misstrauisch und wir müssen dieses Misstrauen abbauen, wir brauchen die Hilfe von den Entscheidungsträgern, damit wir kritisch bleiben gegenüber diesen Instrumenten und verlangen, dass keine Projekte für erneuerbare Energien finanziert werden, die zu Menschenrechtsverletzungen oder Klimadesastern führen.*

#### 9. Kommentar von Jennifer Ávila

- Zentralamerika ist eine sehr kleine Region, viele Probleme sind sehr ähnlich, aber auch spezifische Merkmale: Repression, Migrationsfragen
- Es gibt doch Dinge, die sich Autokraten gerade voneinander abgucken. In Honduras haben wir jetzt einen Ausnahmezustand, egal was die Präsidentin am Anfang gesagt hat, es besteht Repression. Haben Sie sich die Bilder angeschaut in unserem Land? Es sieht genauso aus wie der Kampf Bukeles gegen die Bandenkriminalität in El Salvador. Es ist nicht so heftig wie in El Salvador, weil El Salvador viel kleiner ist als Honduras, Honduras hat viel mehr Fläche und andere gewalttätige Banden, aber 46 Frauen wurden in einem Gefängnis ermordet, während des Ausnahmezustands, es gab Meuterei in den JVs, es gab Eingriffe durch die Polizei.
- Früher war die aktuelle Regierung dagegen und jetzt machen sie genau das gleiche. Früher haben sich Juan Orlando Hernández und Bukele gehasst auf Twitter und jetzt macht Bukele genau das gleiche wie Orlando Hernández. Es gibt keine Grenzen mehr zwischen den autoritären Ideologien, sie springen von der einen zur anderen.
  - o Journalisten sehen jetzt viele Red Flags, was die Regierung Xiomara Castros angeht
  - o Wir möchten keine Vergleiche ziehen, aber wir sehen diese Red Flags
  - o Die Situation ist noch nicht so klar wie in Nicaragua, aber Bukele macht, was Ortega am Anfang gemacht hat, das haben schon ein paar Leute gesagt, aber sie wurden nicht gehört am Anfang, vor allem auf dieser Seite des Planeten

#### 10. Kommentar einer teilnehmenden Person

*Manchmal sehen wir die Institutionen der Europäischen Union als unschuldige Institutionen an, weil sie sich anschauen, was in der Region passiert, egal welches Land es ist, Panama, oder Länder wie Mexiko oder die Gelder, die in Honduras umgeleitet wurden und verschwunden sind. Da fragen wir uns: Wofür sind die Parlamente in Zentralamerika da, wozu sind die Verfassungsgerichtshöfe da? Welche Menschen unterstützen die? In diesem Kontext haben sich die europäischen Institutionen zurückgezogen, auch die bilaterale internationale Zusammenarbeit. Unabhängige Journalisten stehen jetzt allein, soziale Organisationen stehen jetzt allein. Was ist jetzt unsere Hoffnung in unserer Region, diesen lokalen Akteuren ein Empowerment anzubieten? Die Lage sieht nicht gut aus, aber wir wissen, was der richtige*

*Weg ist: Die zivilen Organisationen brauchen unsere Hilfe. Der unabhängige Journalismus braucht Hilfe, um aufzudecken, was passiert und zu erklären, wozu die Institutionen da sind. Aber diese Hilfe kommt selten an. Die EU zieht sich aber zurück, auch aus dem interamerikanischen System und sie wissen, dass sie Banken die Interessen der Menschen vertreten, die jetzt an der Regierung sind. Was wird verändert mit dieser internationalen Zusammenarbeit? So viele jungen Menschen sterben, auch wegen der organisierten Banden und der Drogenhandel verübt Verbrechen. Es ist eine Krise der Zivilisation, da hängt auch die USA mit drin, wo gehen die Drogen hin, wo gehen die Migranten hin? Ist Europa gar nicht verantwortlich dafür? Diese Aspekte werden rausgelassen.*

### 11. Frage einer teilnehmenden Person an Tilly Metz

*Wir hören immer viel von der Idee einer gemeinsamen Wertegemeinschaft mit Lateinamerika, aber wir hören wenig Konkretes. Was lässt sich denn konkret machen, um den autonomen Journalismus zu stärken? Was lässt sich den seitens der EU wirklich konkret machen, um Journalistinnen und Journalisten in Zentralamerika, die jetzt wirklich zentraler Pfeiler im Kampf um die Verteidigung oder Rückeroberung der Demokratie sind zu schützen und auch die Redaktionen zu stärken?*

#### Antworten Tilly Metz

- Wie können wir Journalistinnen und Journalisten besser schützen?
  - EU ist super kritisch gegenüber dem, was in Zentralamerika passiert
    - „Ausnahmestand“ von Bukele, der übergeschwappt ist auf Honduras
    - 66.000 Menschen ins Gefängnis in einem Jahr in El Salvador □ Mütter haben Angst um ihre Söhne
    - Frauen sitzen im Gefängnis wegen Fehlgeburten
      - selbstverständlich die EU ist dem gegenüber kritisch und kämpft dagegen (in Resolutionen etc.)
  - Was kann man konkret tun?
  - □ Wir brauchen einen Paradigmenwechsel
    - Global Gateway, ja ABER
    - Menschenrechte und Pressefreiheit müssen immer eingehalten werden, sonst darf es keine Handelsabkommen geben, sonst keine Finanzierung von Regierungsprojekten
    - Was ich mitbekomme, sind die Regierungen schon sensibel, was Europa über sie denkt:
      - Nicht, weil wir wichtig wären, sondern weil wir einen Markt von über 400 Millionen Menschen bieten, Bukele will El Salvador für Tourismus interessant machen
      - Das Image, was die EU der Region gibt (z.B. Resolutionen) ist zentral

### 12. Frage einer teilnehmenden Person an Diskussionsrunde

- *In Honduras ist die Situation ein wenig anders als in El Salvador:*
  - *das Bedürfnis nach Sicherheit ist groß, deswegen ist die Bereitschaft da, auf bestimmte Rechte zu verzichten*
  - *Situation, die wir in Europa nicht nachvollziehen können*
  - *Zumindest persönlicher Eindruck, dass auf Rechte verzichtet werden kann im Austausch für Sicherheit, das ist das, was gerade in El Salvador passiert, aber für Menschen in Honduras nicht so überraschend*
  - *Bukele hat dafür eine Formel gefunden und es ist natürlich schwer, gegen einen populäreren Diktator zu kämpfen*

- *Xiomara und Bukele gehören eigentlich zwei unterschiedlichen Ideologien an, aber sie haben etwas gemeinsam: wenn sie Gegner in der Zivilgesellschaft haben, dann wird man diese als „Marionetten der internationalen Gemeinschaft“ disqualifizieren*
  - *Wie kann denn die Zivilgesellschaft und der Journalismus jetzt so einen schmalen Grat gehen, in dem sie einerseits für die Demokratie einstehen, ohne dass sie dann offiziell disqualifiziert werden?*

#### Antwort Jennifer Ávila

- *grundsätzlich ist es, dass die Diktatoren in Zentralamerika im Nachhinein besser gesehen werden, die demokratischen Systeme sind jung und noch nicht so widerstandsfähig, Freiheit wird aufgegeben, so lange man ein paar andere Dinge gewinnt, wie Verbesserung der wirtschaftlichen Lage oder der Sicherheit*
  - *Hat Bukele nicht erfunden, neu ist hierbei aber das Thema der sozialen Medien und der Globalisierung*
  - *Die Kritik am unabhängigen Journalismus ist in den Ländern ähnlich, aber die inszenierten Bedrohungsszenarien anders: Staatsstreich (Ortega), Bukele kreiert andere Szenarien, diese Infos präsentieren sie dann auf Social Media und siedeln sie im Vorstellungsvermögen der Menschen an*
  - *Deswegen ist der investigative Journalismus gerade wichtig, um zu zeigen, wie diese Kampagnen der Desinformation funktionieren, auch damit alle verstehen, dass alles miteinander zusammenhängt, von Bolsonaro, zu Bukele zu Xiomara Castro, Ortega usw.*
  - *Kritische Mentalität muss gefördert werden*

#### 13. Kommentar einer teilnehmenden Person an Diskussionsrunde

- *Optimismus Richtung Paradigmenwechsel kann nicht geteilt werden*
  - *Zentrale Themen in Europa momentan: Energiesicherheit gewährleisten, Wohlstandssicherung, Außengrenzen sichern □ diese Interessen stehen im Mittelpunkt*
- *Wir können uns auf den Paradigmenwechsel, der vermutlich nicht kommen wird, nicht verlassen*
  - *Wir aus der EZ (von denen ja auch viele Zugriff auf staatliche Mittel haben) müssen uns da an die eigene Nase fassen und gemeinsam als Zivilgesellschaft in Deutschland, Europa, aber auch Zentralamerika darüber nachdenken: Welche EZ wollen wir?*
  - *Das kann nicht mehr die gleiche EZ sein wie vor 10 oder 20 Jahren*
    - *die Gegebenheiten haben sich verändert, es sind einfach ganz andere Umstände und Herausforderungen*
      - *Journalist\*innen brauchen z.B. Macbooks um minimale Sicherheit zu haben und keine normalen Laptops mehr*
      - *Psychologische Begleitung*
      - *Rechtlichen Beistand*
- *Dialog mit Partnern muss intensiviert werden: Was braucht ihr, um weiter arbeiten zu können?*
- *Wir müssen uns nicht offen gegen diese Regime zu stellen, es ist nicht unsere Aufgabe, einen Regimewechsel herbeizuführen, auch nicht die, der Europäischen Union (das wäre auch problematisch)*
  - *Es muss sich eingesetzt werden beim BMZ, dass Berichterstattung flexibilisiert wird, um Partner nicht in Gefahr zu bringen, Geldströme vereinfachen*

#### Abschlussstatement Tilly Metz

- Eindruck, dass die Menschen in El Salvador der Auffassung sind, dass Bukele wenigstens Sicherheit vermittele, habe ich in Gesprächen vor Ort auch gewonnen, Möglichkeiten „endlich wieder in Ruhe Essen gehen zu können“
  - aber es kann nicht die Lösung sein, Menschen ohne Rehabilitationsmöglichkeit ins Gefängnis zu bringen
  - Wer kann überhaupt „Essen gehen“?
- Wir in Europa müssen alles daransetzen, dass sich die Gesellschaften gerechter entwickeln, mit einer gerechteren Verteilung des Reichtums
  - Guatemala hat eines der höchsten BIPs der Region, aber wer profitiert davon? □ nicht der Großteil der Bevölkerung
  - Da muss Europa auch ehrlich sein und auch Steuerflucht aus Europa zu diesen Ländern konkret bekämpfen und denunzieren
- Es geht auch um eine geopolitische Positionierung
  - Wenn die EU sich nicht ganz klar für eine gerechtere Gesellschaft in Zentralamerika einsetzt, dann kommen andere Einflüsse aus Russland und China und die besetzen dann das Feld
  - Vielleicht naiv, aber Glauben daran, dass die EU den Vorteil haben kann, dass auf Augenhöhe miteinander verhandelt werden kann, dass wir auch Vorstellungen zu Menschenrechten und Klima haben
- Region ist die reichste Region von Biodiversität
  - Sind als erstes vom Klimawandel betroffen, Verbindungen zu Zentralamerika und Auswirkungen des Klimawandels
  - Gemeinsame Verantwortung den Klimawandel zu bekämpfen und Biodiversität zu erhalten

#### Abschlussstatement Marta Lorena Araújo

- Wir müssen die Bevölkerung in diesen Zeiten begleiten und rechtzeitig reagieren
  - Angesichts der Situation in Zentralamerika, aber auch angesichts Bukeles
  - Die Unterstützung ist absolut notwendig, damit Journalist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen ihre Arbeit machen können
  - Ihre Rolle ist entscheidend
- Viele Menschen werden uns nie hören, aber wir dürfen unsere Stimme nicht verlieren
- Wenn wir über Sicherheit reden, wie Bukele es so oft tut: Wir sind nicht auf der Seite des Verbrechens, wir sind auf der Seite der jungen Menschen, der alten Menschen, der Menschenrechtsverteidiger
- Wir müssen weiter machen und Guatemala bietet z.B. eine Chance, voranzukommen, aber nur, wenn es Unterstützung gibt

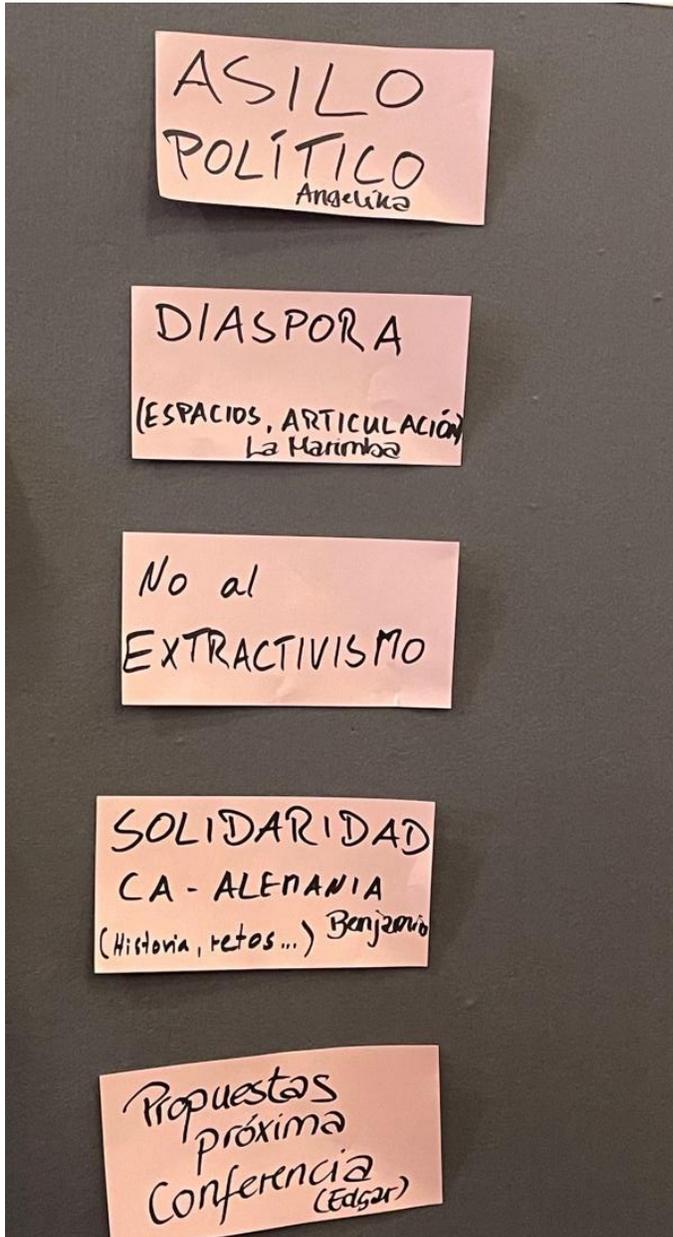
#### Abschlussstatement Jennifer Ávila

- Es ist wichtig die Menschen zu hören, die in den betroffenen Ländern leben, die im Exil leben, wir brauchen einen näheren Blick auf die Situation

## Samstag, 9. September 2023, Vernetzungs- und Vertiefungstag

Martin- Luther-Kirche, Fuldastraße 50-51, 12045 Berlin

Ergebnisse Austausch in Kleingruppen



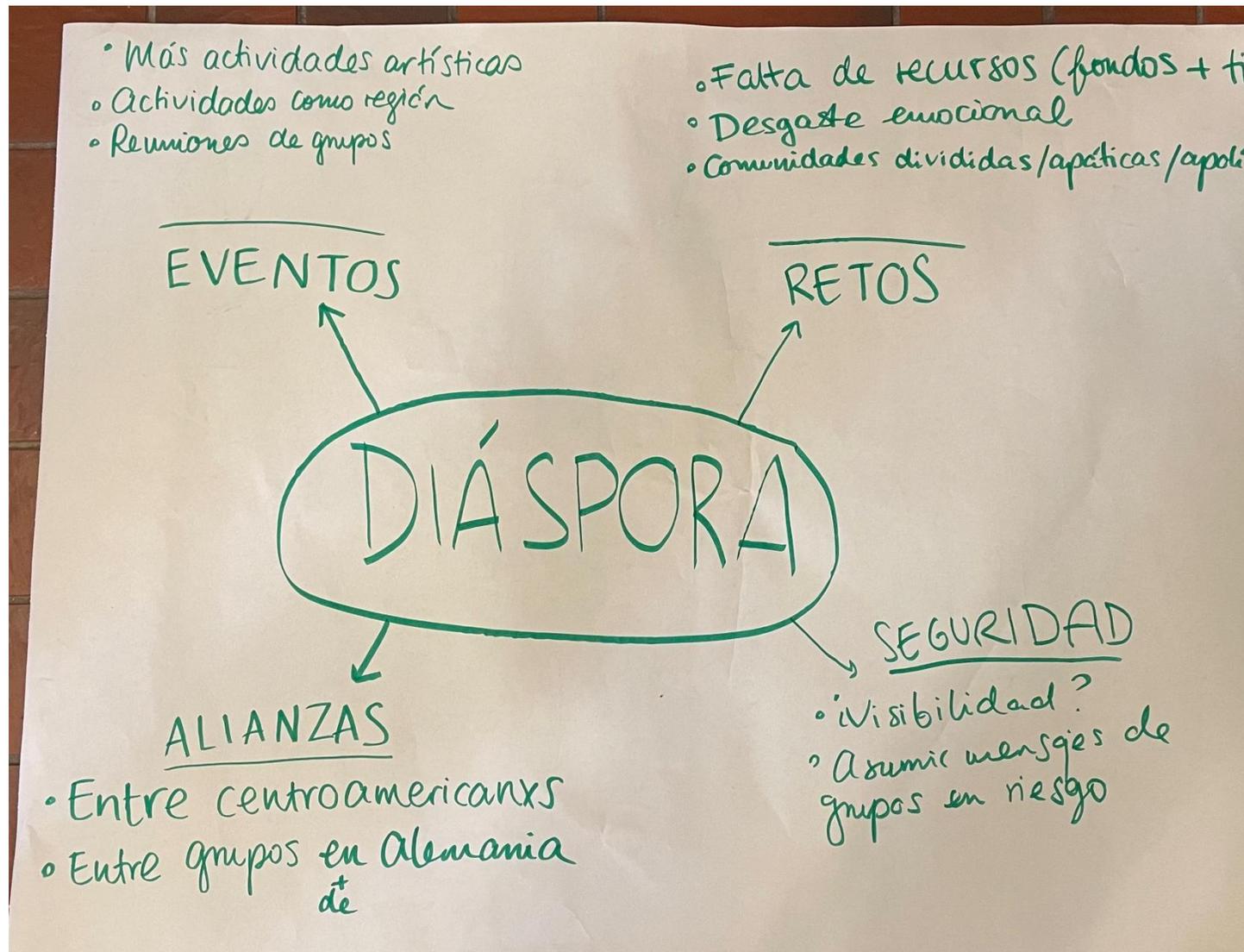
Asilo Político

LASILO  
 actual del BAHF para reconocer o  
 asilo?  
 del Mesa Redonda al responsable del  
 para C.A. → con grupos de solista  
 y exiliados → para entender la política  
 F), para entregar informes sobre la  
 de Nicaragua  
 del BAHF hasta frente a los  
 es  
~~política con los que perdieron su  
 y son rechazado en la frontera~~

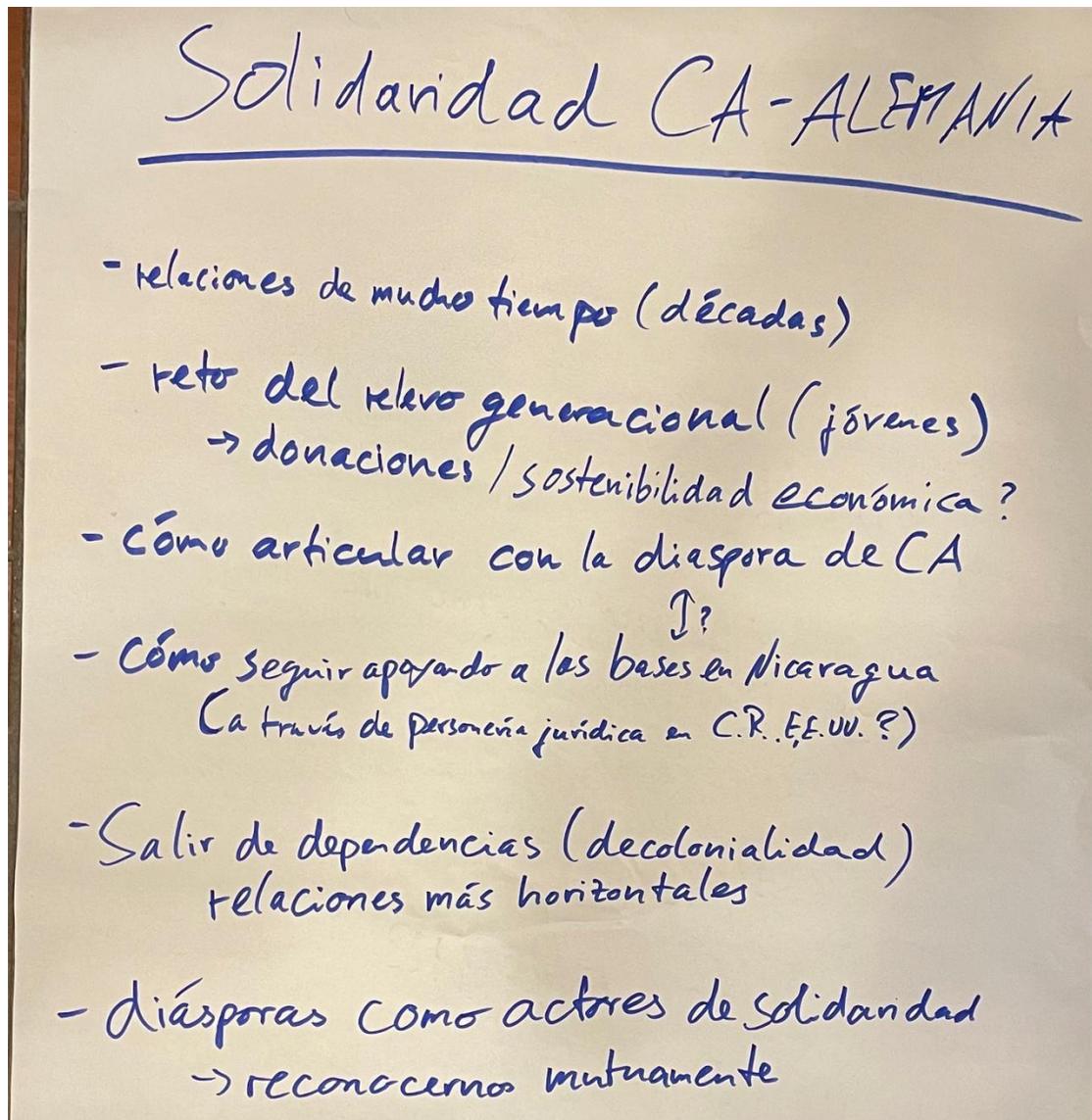
el informe de la UNO (ó partes)  
 con la política de Nicaragua  
 azar Nicas quienes quieren regresar  
 unx periodista oca quien publica  
 traten la \$xs de Venezuela?  
 a tiene una organización estatal pero  
 bank que presta ayuda social / abogados/  
 gxs para los solicitantes de asilo  
 (también niegan asilo a la grande mayoría)

de ACNUR / UNHCR en España y  
 en el proceso de asilo  
 ein Abkommen zwischen Nazi D +  
 mit Sonderkonditionen - existiert

## Diáspora



## Solidaridad CA - Alemania



## No al Extractivismo

Anknüpfend an die Diskussionen zum Lieferkettengesetz am Vortag. Es fanden spannende Diskussionen zu diesem breiten und komplexen Thema statt, die, der Thematik geschuldet, aber nicht in so direkten Handlungsideen enden konnten.

# Abschluss

